

Volksrecht

für Schlesien

Anzeigenpreis: Je Zeile für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 5.- M., auswärts 5.25 M., auswärts 1.20 M., Anzeigen unter Zeit-Verträgen, Vereins-, Verammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 0.40 M., kleine Anzeigen pro Wort 0.50 M., das selbe Wort 1.- M., Anzeigen für die nächste Nummer müssen die Vormittage 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Geschäfts-Expedition Kurze 146 sowie in ähnlichen Zweigstellen abgegeben werden.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftskasse Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Adress: Postfach-Amt Breslau Nr. 5852.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Buchhandlung der „Volksrecht“, Neue Grosse-Strasse Nr. 5 und durch alle Buchhändler zu beziehen. Vierteljährlich 1.20 M., monatlich 1.10 M., vierteljährlich 15.30 M. (einschließlich Postgebühren), durch die Post bezogen vierteljährlich 15.30 M. (ohne Postgebühren), frei ins Haus durch die Post monatlich 6.10 M., vierteljährlich 15.30 M.

Valutasturz und Besitzsteuer-Sabotage.

Die Entente gegen militärische Organisation vor Schupo.

Der Vorsitzende der Interalliierten Militärkommission, General Nollet, richtete an das Auswärtige Amt nachstehende Note: Nach dem Schreiben der interalliierten Militär-Kontrollkommission vom 12. Ma mußte die Durchführung der auf die Polizei bezüglichen Bestimmungen der Note von London bis zum 15. Juli beendet sein. Es ergibt sich nun aber aus den Feststellungen der Kontrollorgane nach dem Stande vom 1. September, daß bei einem Teil jener Bestimmungen noch nicht einmal mit der Durchführung begonnen worden ist. Hinsichtlich der Organisation ist keinerlei Veränderung an der Zentralisation der Verwaltung vorgenommen worden, obwohl die Pariser Note ausdrücklich jede Zentralisation aufsteigend einer Stufe oder in irgend einer Weise (à aucun degré, à aucune manière) untersagte. Andererseits ist die gegenwärtige Schupo-Polizei in tatsächlichen Einheiten organisiert, die militärisch eingeteilt, instruiert, ausgerüstet, kaserniert und im Verhältnis mit taktischem Gerät und Material ausgestattet sind. Sie hat den Charakter einer mobilen Streitmacht, gewährt und wird von einem Ort des Reichsgebietes nach einem anderen in eigens aufgestellten Einheiten mit selbstmäßigem Material, ganz wie die Reichswehr verlegt.

Die gegenwärtige Polizei jagt also aus den in der Note von Boulogne gemachten Zugeständnissen einen Vorteil, ohne den Verpflichtungen unterworfen zu sein, die als formelle Bedingungen an die zugestandenen Verhältnisse geknüpft wurden. Die alliierten Regierungen stimmten aber der Bewehrung und starken Verbesserung der Bewaffnung der Polizei nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu, daß sie den alten Charakter unter Ausschluß jeden militärischen Charakters wahren müsse. Hinsichtlich der Stärken nahm die deutsche Regierung eine allgemeine Verteilung unter die deutschen Länder vor, die mit den Bestimmungen der Note von Paris übereinstimmt. Schwierigkeiten aller Art jedoch, mit denen die Kontrolle zu kämpfen hatte, verhinderten sie, festzustellen, ob diese Verteilung von den einzelnen Ländern auch genau innegehalten wurde. Übrigens ist seit der Note von London keine Verminderung der Polizeistärken festgestellt worden, obwohl diese die damals zugelassenen Zahlen übersteigen haben. Was die Schulen anbelangt, so ließ sich seit der Note von London ebenfalls keine Veränderung feststellen, weder hinsichtlich der Zahl, noch hinsichtlich der Organisation.

Bei dieser Sachlage beehrt sich die Kommission, darum zu ersuchen, daß ohne neuen Bezug die notwendigen Veränderungen vorgenommen werden, um die Organisation der Polizei in Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages ergänzenden Entscheidungen der alliierten Regierungen zu bringen. Sie verlangt ferner a) daß ihr Ueberblick über vollständigen Stärken nach Orten überhandt werden, wobei die verschiedenen Kategorien der Polizei auseinander zu halten sind, b) daß ihr Ueberblick über kommunalen und staatlichen Polizeischulen nach dem Stande von 1913 und 1921 überhandt werden. Sie bringt endlich darauf, daß alle Maßnahmen getroffen werden, um der Kontrolle der Polizei für die Stärken der Schulen und Depots völlig freie Ausübung zu ermöglichen.

Vom Völkerbund.

Die Abrüstung veragt.

In der Kommission für Abrüstung und Blockade brachte Lord Robert Cecil-Sudafrika eine Resolution ein, in der die temporäre gemischte Kommission für die Abrüstungsbeschränkung aufgefordert werden soll, einen präzisen Antrag auf die Abrüstungsbeschränkung auszuarbeiten. Der vom Räte der nächsten Versammlung zu unterbreiten wäre. Fisher-England und Regnaud-Frankreich sprachen sich sehr nachdrücklich gegen ein solches Projekt aus. Man müsse mit positiven Anträgen bis zum nächsten Jahre warten. Nach einer längeren Debatte stimmte Cecil dem Vorschlage Manens zu, demzufolge die temporäre gemischte Kommission nur ganz allgemeine Vorschläge für die Beschränkung der nationalen Abrüstungen in großen Linien ausarbeiten möge. Cecil begründete seine Zustimmung damit, daß es vor allem darauf ankomme, daß der Völkerbund überhaupt Abrüstungspolitik betreiben. Außerdem wird gefordert, daß die temporäre gemischte Kommission verstärkt werden soll. Die gesamte Entscheidung wurde mit 22 Stimmen bei einigen Stimmenthaltungen angenommen.

Die Rußlandhilfe abgelehnt!

In zweitägiger Beratung der letzten Kommission des Völkerbundes ergab sich, daß die Mächte endgültig die von Manen so dringend geforderte Hilfe für Rußland abgelehnt haben. Damit ist auch eine wirksame Völkerbundsaktion unmöglich geworden. Motiviert wird die Weigerung damit, daß Rußland noch über beträchtliche Geldmittel verfüge. In ergreifenden Worten beklagte Manen, daß die Kredithilfe verweigert wird und protestierte gegen den ungeheuren Lügenelzug, den die Völgzentrale mit politischem Ziel gegen die Hilfsaktion organisiert habe. Die Tatsache, daß 20 Millionen Menschen vom Tode bedroht seien, sei so furchtbar, daß es unmöglich glauben könne, Europa werde mit verwehrten Armen zuschauen. Lord Cecil forderte, daß die Regierungen jetzt offen aussprechen, daß sie nicht in der Lage seien, Kredite zu gewähren, damit der Völkerbund frei von Verantwortung sei. Jedenfalls müsse in der Resolution die Anspielung auf die russischen Geldmittel gestrichen werden, weil sie eine politische Spitze habe. Manen wies auf die erwähnte Tatsache hin, daß die Not in Rußland täglich freigt, während die Regierungen Europas eine Konteranz nach der anderen einleiten, die nichts Positives erzielen und nur kostbare Zeit vergeuden. Der englische Vertreter, Fisher, erklärte, daß die Regierungen tatsächlich einen offiziellen Kredit nicht gewähren wollen. Obwohl England davon überzeugt sei, daß die Sowjet-

regierung aus eigenen Mitteln die notwendigen Lebensmittel kaufen könnte, ist er mit der Streichung der Anspielung auf die russischen Geldmittel einverstanden. Die weiteren Verhandlungen wurden auf Mittwoch vertagt.

Der Markkurs

hat im Laufe des Dienstag einen neuen, geradezu katastrophalen Rückgang erfahren. Während die Dollarnoten am Montag ihren Preisstand auf 117 Mark erhöhten, stellten sie am Dienstag den neuesten Rekordtag mit 122 1/2 Mark auf. Dieser Satz entspricht beim Vergleich der amerikanischen Zahlungsmittel mit der deutschen Mark einem Marktwert von 3.4 Pf. Sollte der rapide Kurssturz seinen Fortgang nehmen, so werden wir uns bald den österreichischen Finanzverhältnissen wesentlich nähern.

Geldentwertung und Reichsdefizit.

Wo bleiben die angeführten Besitzsteuern? (Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Abgeordneter Genosse Keil wendet sich in einem Zeitungsartikel in der heutigen Morgenausgabe des „Vorwärts“ gegen die Verschleppung der Besitzsteuer. Man mache dafür den Reichswirtschaftsrat und den Reichsrat verantwortlich. Diese beiden parlamentarischen Zwischeninstanzen seien aber doch wohl, um beschleunigte Arbeit zu veranlassen, an das Reichsfinanzministerium rechtzeitig mit einem kompletten Vorschlag auf den Weg getreten und erklärt: von der beschleunigten Durchführung dieses Programms hängt die Zukunft unseres Volkes ab.

Keil schließt seinen Aufsatz wie folgt: „Mit dem Sinken der Mark steigen die Preise und steigt die Entwertung selbstverständlich der Papiervermögen. Die Kosten tragen die Arbeiter, Angestellten und Beamten, die verhängenden Invaliden der Arbeit und des Krieges und die in derselben Lage sich befindlichen Rentner. Die Nutznießer der Währungserrüttung, die Besitzer der Sachvermögen, deren Einkommen in dem Maße steigt, in der der Markkurs sinkt, mögen sich über die Verschleppung der Finanzangelegenheiten vergnügen die Hände reiben. Nur dürfen sie sich nicht dem Irresein hingeben, daß sie nichts zu befürchten hätten, wenn hier eines Tages die Finanzpolitik auf der Stufe Bolens oder gar Moskaus angelangt sein werde. Vielleicht kann der Weiterentwicklung unserer Finanzverhältnisse in dieser Richtung noch vorgebeugt werden, aber nur, wenn endlich Dampf hinter die Vorbereitung der Steuererhebung gemacht wird, und wenn die Steuerentwürfe so gearret sind, daß sie das Defizit beseitigen, statt es zu vergrößern.“

Die Demokraten einmütig für Wirth.

Ihre Forderungen an die Volkspartei. (Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Die demokratischen Fraktionen des Reichstages und des Landtages hielten am Dienstag nachmittags im Reichstage eine gemeinsame Sitzung ab. Wie immer erklärten sie sich für eine breite Koalition von der Mehrheitssozialdemokratie bis zur Deutschen Volkspartei, eine Koalition, die die Demokraten materiell und ideell für die einzige Grundlage einer richtigen Politik halte. Einmütig war die Versammlung aber auch der Meinung, daß die Regierungsbildung im Reich nur ein Kabinett Wirth sein könne. Eine Umgestaltung der Reichsregierung bedürfte nicht des Rücktritts des Reichsanzlers oder gar des gesamten Kabinetts. Bei aller hohen Bewertung der Verbreiterung der Koalition verlangte man aber doch, daß von der Deutschen Volkspartei ein öffentliches und ungewichtiges Bekenntnis zur demokratischen Republik abzugeben sei. Die Volkspartei dürfe nicht wie in der vorigen Jahre mit in der Regierung sitzen und in der Agitation antirepublikanische und antidemokratische Arbeit treiben. Die Fraktion sprach sich ferner für möglichst baldige und möglichst gleichzeitige Umbildung der Regierungen im Reich und in Baden aus.

Für die Opfer von Oppau.

Bei der Hilfsstätigkeit, die durch das entsetzliche Unglück in Oppau notwendig geworden ist, wird auch die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung nicht zurückbleiben. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine errichtet eine Sammelstelle. Spenden, die von den Genossenschaften den unglücklichen Bewohnern aus dem Explosionsbereich zugebracht werden können, schon jetzt unter der Adresse der Verlags-Gesellschaft deutscher Konsumvereine m. B. H. auf deren Bankkonto bei der Großhandels-Gesellschaft „Deutscher Konsumvereine m. B. H.“ zugeführt werden. Ueber die Verwendung der eingehenden Summen wird der Zentralverband sich mit den Genossenschaftlern in der Pfalz und in Baden verständigen.

Der Allgemeine deutsche Gewerkschaftsbund und die Afa fordern zu der Katastrophe von Oppau, daß die durch die Katastrophe als völlig unzulänglich erwiesenen Unfallverhütungsvorrichtungen einer gründlichen Nachprüfung unterzogen werden. Zur sofortigen Beseitigung der entstandenen Notlage sei durch Reichsgelei zu bestimmen, daß eine der Geldentwertung Rechnung tragende Entschädigung den von dem Unglück Betroffenen und ihren Hinterbliebenen zu zahlen ist. Zur Dedung der zu leistenden Entschädigungssummen seien die mit dem Oppauer Werk verbundenen Industriezweige in kürzester Weise heranzuziehen.

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung bewilligte gestern den vom Magistrat vorgeschlagenen Betrag von 100 000 Mark für den Reichshilfsausgleich für Oppau.

Die Erfassung der Goldwerte.

Die politische Erregung, die die Ermordung Erzbergers in Deutschland hervorgerufen hat, ist noch nicht erloschen und hat alle Augen auf den Konflikt des Reiches mit Bayern gelenkt. Dennoch darf gesagt werden, daß hier nicht die Kernfrage für Deutschlands Zukunft liegt. Wichtiger noch als die Niederringung reaktionär-putschistischer Bestrebungen ist die endliche Durchführung einer großzügigen Finanzpolitik, die Balanzierung des deutschen 100-Milliarden-Stats, die allein uns vor den schwersten außenpolitischen Verwickelungen bewahren kann, die aus der Nichterfüllung der Reparationsverpflichtungen drohen, und die die Voraussetzung für die Stabilisierung der Valuta, und damit der Gesundung unserer Volkswirtschaft, ist.

Das von Wirth bisher vorgelegte Steuerprogramm ist — vielfach mit Recht — kritisiert worden. Seine Betrachtung soll einem späteren Artikel überlassen bleiben. Eins ist sicher und unbestritten, daß es nicht ausreicht, sondern bloßes Stückwerk ist. Es bedarf der Ergänzung, und es sollte kein Zweifel bestehen, daß diese — wie es jetzt der Antrag Wiffell im Reichswirtschaftsrat erneut fordert — nur in einer Besteuerung der Goldwerte bestehen kann, d. h., die von der Geldentwertung gar nicht oder unverhältnismäßig wenig betroffenen Sachwerte, deren Austauschverhältnis gegenüber dem Golde, dem Messer aller Warenwerte, ungefähr gleich geblieben ist, weil nur mit ihrer Hilfe die Produktion dieser Waren möglich ist, kurz, die gewerblichen, landwirtschaftlichen und Handels-Unternehmungen müssen einer Sondernbesteuerung unterworfen werden.

Es war der Zweck des Reichsnotopfers gewesen, alle Vermögen, also auch die auf Goldwerten beruhenden, zu treffen. Wenn es diesen Zweck nicht erreicht hat, so lag das einmal daran, daß einmal am mangelnden Stichtag, dem 31. Dezember 1919, die Geldentwertung erst in ihren Anfangsstadien stand und daher der Abstand der Goldwerte gegenüber den reinen Papierwerten (Anleihen im weitesten Sinne des Wortes), noch nicht so augenfällig war, und dann vor allem daran, daß die Bewertung der Goldwerte so schonend erfolgte, daß als Steuergrundlage überall nur der Markwertwert der Unternehmung in Papiermark zugrunde gelegt, ja häufig nicht einmal erreicht wurde. So hatten die Goldwertbesitzer unverhältnismäßig weniger zu zahlen als die Papierwertbesitzer, wie denn auch der Landwirt, dessen Grundstück vor dem Kriege zur Hälfte mit Hypotheken belastet war, heute deren Last mit noch nicht 5 Prozent des jetzigen Grundstückswertes zu veranschlagen hat. Eine Sonderbesteuerung der Goldwerte als Ergänzung des Reichsnotopfers ist also zunächst ein Gebot der Gerechtigkeit. Sie ist aber in unserer Lage auch ein Gebot der Notwendigkeit. Freig ist freilich die häufig auftauchende Annahme, daß eine Erfassung der Goldwerte schon Bezahlung unserer Goldschulden an die Entente bedeute. Nicht die Substanz der Goldwerte, die Unternehmungen und ihre technischen Grundlagen sollten mit einem Schläge irgendwie an das Reich und von diesem ans Ausland übertragen werden. Aus dem Prinzip der Besteuerung der Goldwerte folgt nur, daß eine Beteiligung des Reiches an dem Gewinn der auf Goldwerten beruhenden Unternehmungen erstrebt werden muß. Aber ein Anlaß, diese Gewinnbeteiligung kapitalisiert ans Ausland weiterzugeben, besteht nicht: nicht eine einmalige Kapitalzahlung schulden wir, sondern eine 42jährige Rente. Nur in dem Sinne also sollen die Goldwerte erfasst werden, daß sie anstelle des schwankenden Ausdrucks der Unternehmungswerte in Papiermark Grundlage einer besonderen Vermögensbesteuerung seien.

Notwendig ist diese Form der Besteuerung vielmehr, weil sie allein in der Lage ist, den Etat des Reiches zu balanzieren und dadurch indirekt die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen zu bewirken. Das Mittel, das anstelle der Goldwertbelastung von mancher Seite vorgeschlagen wird, die Schaffung von Steuerzudlätzen, ist abzulehnen. Man will die Produzenten in den einzelnen Zweigen der Industrie, des Handels usw. zwangsmäßig zusammenschließen und diesen Syndikaten die Aufbringung von großen Steuerbeträgen für das Reich auferlegen, wobei dem Syndikat die Unterverteilung seiner Steuerschuld auf seine Mitglieder völlig

überlassen bleibt. Man hofft, daß diese Syndikate gleichzeitig ihre Mitglieder zu rationalerer und sparsamerer Produktion erziehen werden. Man überfieht aber, daß diese Syndikate notwendigerweise eine monopolistische Stellung einnehmen und in der Lage sind, einen großen Teil ihrer Steuerlast auf die Schultern der Verbraucher abzuwälzen, statt daß endlich das Reineinkommen der Goldwertbesitzer betroffen würde. Das ganze käme auf eine Erhöhung und andersgeartete Erhebung der Gewerbesteuer hinaus, die schon jetzt der Konsument trägt. Wir haben mit den „Selbstverwaltungskörpern“ in der Volkswirtschaft schon so merkwürdige Erfahrungen gemacht, daß man es vermeiden sollte, den Produzenten, so lange sie unter sich sind, so einschneidende obrigkeitliche Befugnisse zu übertragen. Nur die Besteuerung der Goldwerte kann uns also helfen. Ich glaube, das ist freilich auch die Kernfrage. — Man kann auch ihre Zweckmäßigkeit nachweisen.

II. Was zunächst Aktiengesellschaften, G. m. b. H.'s und überhaupt juristische Personen anlangt, so ist hier die Durchführung des Prinzips der Gewinnbeteiligung des Reiches — sagen wir zu 20 Prozent — verhältnismäßig einfach. Hier kann diese Gewinnbeteiligung noifalls sogar kapitalisiert werden, indem das Reich in Höhe von 25 Prozent des Anlagekapitals (vom 1. Oktober 1918) junge Aktien erhält. Was die Kapitalvermehrungen freilich seit diesem Datum anlangt, so ist zu beachten, daß die Geldmengen, die durch die den Unternehmungen zustoßen, ebenfalls an der Geldentwertung teilgenommen haben (es sei denn, daß sie zur Rückzahlung längst in Produktionsmitteln angelegter Bankkredite dienten), so daß nur eine entsprechend geringere Beteiligung des Reiches an diesem Bruchteil des Anlagekapitals in Frage käme; man müßte Situations für die Entwicklung der Geldentwertung festlegen, nach denen man den Geldwert dieser späteren Kapitalzufüsse bemäße. Umgekehrt ist dabei auch zu beachten, daß bei diesen Kapitalvermehrungen seit 1918 den Aktionären im allgemeinen sehr günstige Bezugsrechte eingeräumt wurden, daß sie also eine verhältnismäßig hohe Beteiligung am Goldwert des Unternehmens mit zu niedriger Geldausgabe erkaufen. Dies würde die Beteiligung des Reiches erhöhen. Ebenso müßte dafür gesorgt werden, daß bei jeder späteren Kapitalerhöhung einer Gesellschaft, bei der den Aktionären günstige Bezugsrechte geboten werden, die Beteiligung des Reiches sich erweitert.

Freilich erhält das Reich seinen Anteil nur von dem ausgeschütteten Reineinkommen der Unternehmung, nicht von dem, das produktiv wieder im Unternehmen angelegt wird. Dieses wird nur durch die Körperschaftsteuer betroffen, aber die Geldwertbelastung soll ja auch nur den einzelnen Bürger, soweit er Goldwerte besitzt, treffen und dem fließt ja auch nur ein Anteil an ausgeschütteten Reingewinn zu.

Grundsätzlich ebenso ist die Gewinnbeteiligung bei offenen Handelsgesellschaften und Einzelfirmen zu gestalten: das Reich wird hier stiller Gesellschafter mit 20 Prozent Gewinnbeteiligung auf Grundlage des Kapitalkontos vom 1. September 1919.

Nicht erfaßt werden können auf diesem Wege die Geschäfte des Kleingewerbes und -Handels, die keine Bücher zu führen brauchen. Dies ist bedauerlich, weil gerade hier die Gewinne enorm gestiegen sind. Es wird nichts übrig bleiben, als hier die Gewerbesteuer stark zu erhöhen. Die Konkurrenz der größeren Unternehmungen wird die Abwälzung der Steuer auf die Konsumenten sehr erschweren. Was die Erfassung der im Grund und Boden verkörperten Goldwerte anlangt, so müssen die städtischen Grundstücke hier ausgeschaltet werden: denn infolge der Beschränkung der Mietszuschläge ist das Papiermarkt-

Reineinkommen der Hausbesitzer nur in Ausnahmefällen gestiegen: ein Zuschlag von 200 Prozent zur Miete aber, wie ihn Robert Schmidts Denkschrift geplant hat, um die Miete mit den übrigen Preissteigerungen auszugleichen, würde zu derartigen Lohnbewegungen und sozialen Unruhen führen, daß damit der Erfolg der Wirtschafts- und Finanzreform in Frage gestellt würde.

Wohl aber muß der landwirtschaftliche Grundbesitz erfaßt werden: die Schwierigkeit ist nur hier die, daß hier, soweit überhaupt eine Buchführung vorkommt, die Bewertungs- und Bilanzierungsgrundsätze für das angelegte Kapital und den Reingewinn allzu unsicher und unkontrollierbar sind, als daß man in gleicher Weise wie in der Industrie hier eine Gewinnbeteiligung des Reiches durchführen könnte. Man muß also zu einer Belastung des Grundstückes mit einer Goldmarkrente im Verhältnis zu dem in Goldmarkt geschätzten Marktwert des Grundstückes schreiten. Die Bezahlung dieser Goldmarkrente kann natürlich nur in Papiermark erfolgen, das jeweilige Verhältnis von Papiermark zu Goldmark würde alljährlich nach der durchschnittlichen Höhe der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse festzusetzen sein.

Als weiteres Problem bei dieser Form der Goldwertbelastung tritt die Frage auf, wie weit bei der Bemessung des Goldmark-Entrages eines Grundstückes die auf ihm ruhenden Lasten, insbesondere die Hypothekenzinsen, zu berücksichtigen sind. Denn was die nach 1918 eingetragenen Hypotheken anlangt, so kann nicht ohne weiteres gestattet werden, daß ihre Höhe den Goldmark-Entragwert mindert. Ein Landwirt könnte ja dann, um der Goldwertbelastung zu entgehen, sein Grundstück in voller Höhe des Wertes mit Hypotheken belasten, und das geliehene Geld anderweit anlegen. Ferner, hat er das Grundstück erst kürzlich zu enorm gestiegenen Preisen gekauft oder bei einer Nachlastteilung übernommen, ist der größte Teil des Kaufpreises ferner als Hypothek stehen geblieben, so ist er insofern nicht mehr Besitzer der Goldwerte, sondern seine Verkäufer oder Miterben sind es, und diese müssen von der Goldwertbelastung getroffen werden; am besten, indem man die Goldmarkrente dem Grundbesitzer auferlegt und ihm eine entsprechende Kürzung der Hypothekenzinsen gestattet.

Gerade bei der Belastung landwirtschaftlicher Grundstücke ergeben sich eine Menge von Schwierigkeiten — wie ich zeigte, nicht unlösbarer Natur —, die sorgfältiger Durchsicht seitens des Gesetzgebers bedürfen, und die Praxis mit viel Arbeit belästigt werden. Diese braucht aber nicht von den Finanzämtern geleistet zu werden, sondern kann den Grundbuch-, Grundsteuerämtern, Grundbesitzern usw. übertragen werden.

Eine ungefähre Vorstellung von der finanzpolitischen Bedeutung einer solchen Geldwertbelastung gibt folgende, natürlich ganz unächere Schätzung:

| | |
|---|-----------------|
| Volkvermögen 1913 (nach Helfferich) | 350 Milliarden |
| davon ab: Gebrauchsgegenstände | 50 |
| Städtischer Grundbesitz | 40 |
| verlorener Auslandsbesitz usw. | 30 |
| Vermögen der abgetretenen Gebiete, 10 Prozent | 30 |
| 20 Prozent Entwertung des Reiches infolge Bodenerschöpfung, Inventar- und Rohstoffverbrauch | 40 |
| | 160 Milliarden, |

die freilich, soweit es sich um Kleinbetriebe des Gewerbes und Handels handelt, nicht voll erfassbar sind. Immerhin kann man bei 20 Prozent Belastung (das ist wenig gegenüber den 90 Prozent Verlust der Papierwertbesitzer!) mit 25 Milliarden einmaliger Belastung oder einem Jahresertrag von 1,3—1,4 Milliarden Goldmark, gleich 13—14 Milliarden Papiermark, rechnen. H. N.

Die Einigung des Reiches mit Bayern.

Dem Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages wurden in seiner gestrigen Sitzung, die am 24. Sept. in Berlin zwischen dem Reichskanzler und Reichsminister des Innern und dem bayerischen Ministerpräsidenten und dem bayerischen Minister des Innern getroffenen Vereinbarungen bekannt gegeben. Das Gesamtministerium hat den Vereinbarungen am 27. September zugestimmt. Zu den vereinbarten Abänderungen der Verfassung des Reichspräsidenten ist hervorzuheben, daß für Verbote und Beschlagnahmen die Landeszentralbehörden oder die von ihnen bestimmten Behörden zuständig sind. Der Reichsminister des Innern kann die Landeszentralbehörden um den Auspruch eines Verbotes oder einer Beschlagnahme ersuchen. Glaubt die Landeszentralbehörde, einem solchen Ersuchen nicht entsprechen zu können, so teilt sie dies spätestens am zweiten Tage nach dem Empfang des Ersuchens dem Reichsminister des Innern mit und ruft gleichzeitig die Entscheidung des vorgelegenen Ausschusses an.

Der Abgeordnete Dr. W. H. Muth (Bay. Volksp.), der Vorsitzende des Verfassungsausschusses, begründete einen Antrag, wonach der Ausschuß der Volksversammlung empfohlen soll, es sei gegen die von der bayerischen Staatsregierung getroffenen Vereinbarungen keine Erinnerung zu erheben. Was jedoch den Zeitpunkt der Aufhebung des bestehenden bayerischen Ausnahmezustandes anlangt, so bleibe es dem pflichtmäßigen Ermessen der bayerischen Staatsregierung überlassen, zu beurteilen, wann sie den angemessenen Zeitpunkt für gegeben erachte. Daran knüpfen sich politische Ausführungen des Ministers des Innern, Dr. Schwepfer.

Im Verfassungsausschuß des bayerischen Landtages wurde nach längerer Debatte ein Antrag der USPD auf sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes abgelehnt. Der Antrag Dr. W. H. Muth wurde mit 14 gegen 8 Stimmen angenommen. Den Anträgen der Regierung wurde mit allen Stimmen gegen 5 Stimmen der Bayerischen Mittelpartei zugestimmt.

Der Eid der Beamten auf die Verfassung.

Die Reichsregierung hat die Anfrage der Abg. Weis und Müller (Franken, betr. Eidverweigerung einzelner Beamten usw. wie folgt beantwortet:

„Die Reichsregierung hat alsbald nach der Veröffentlichung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. August 1918, betreffend die Vereidigung der öffentlichen Beamten, für die Reichsbeamten die Ableistung des in dieser Verordnung vorgeschriebenen Eides auf die Verfassung angeordnet. Sie hat sich ferner von den Regierungen der Länder mitteilen lassen, daß die Vereidigung auch hinsichtlich der Landesbeamten durchgeführt sei. Fälle von Eidverweigerungen sind vereinzelt bekannt geworden und haben entweder durch Ausscheiden der betreffenden Beamten oder durch Einleitung von Disziplinarverfahren gegen sie ihre erledigung gefunden. Daß die zur Durchführung der Verordnung ergreiften Maßnahmen zum großen Teil wirkungslos geblieben seien, ist nicht richtig. Außer dem in der Anfrage erwähnten Hamburger Fall sind erfolgreiche Eidverweigerungen nicht zur Kenntnis der Reichsregierung gekommen. Das Urteil des Disziplinarkollegiums in Hamburg hält die Reichsregierung für einen Fehlbescheid; das Urteil kann jedoch als letztinstanzlich nicht angefochten werden. Andererseits hält es die Reichsregierung als nicht vereinbar mit der Reichsverfassung, daß die Eidverweigerung im Amt bleiben. Sie hat deshalb die Hamburgische Regierung gebeten, die Eidverweigerer nochmals zur Eidleistung aufzufordern und ihnen unter Hinweis auf die von der Reichsregierung in der Nationalversammlung am 16. Dezember 1919 auf die Anfrage von Grafen und Gen. erteilte Antwort zu eröffnen, daß die in der Verordnung vom 14. August 1919 vorgeschriebene Eidform nur die Bedeutung habe, daß der Beamte gelobe, in seiner Tätigkeit als Beamter die Bestimmungen der Verfassung getreulich zu beachten, daß sie dagegen nicht die in der Verfassung den Beamten gewährleisteten Rechte, insbesondere die Freiheit der politischen Betätigung, einenge. Sollten auch nach dieser Eröffnung die Beamten sich weiter weigern, den Eid zu leisten, werden wie ich annehme, die Disziplinargerichte eine Dienstpflichtverletzung anerkennen.“

Die in der Anfrage erwähnte Entscheidung des Landgerichts Karlsruhe ist noch nicht eingegangen. Der Fall wird von der Reichsregierung weiter verfolgt.“

Eine dritte kommunistische Partei!

Einer Korrespondenzmeldung zufolge haben sich die Abgeordneten Dr. Lent, Malzahn, Reich, Düwell, Geyer jun., Dümmig und Wolff Hoffmann sowie die Abgeordnete Madzik im Reichstag zu einer eigenen Gruppe, der „Kommunistischen Arbeitergemeinschaft“ zusammengeschlossen. Diese Fraktionsbildung dürfte nach der Korrespondenz der Auftakt zur Gründung einer neuen kommunistischen Partei sein, die sich von Moskau unabhängig halten will. Dann gibt es KPD, KAPD, UAPD! (S. weibl. Reb.)

100% Roman eines Patrioten.

Von Upton Sinclair.
Amerikanisches Copyright by Knopf-Verlag, Berlin-Halenlee.
2] (Nachdruck verboten.)

Eine Menschenmenge hatte bloß eine einzige Bedeutung für Peter. Sieben Jahre seines jungen Lebens war er Gehilfe von Pericles Brian gewesen, hatte mit diesem ganz Amerika durchreist, und Brians prächtiges Schmuckstückes Mittel verkauft. Sie waren meist im Automobil gefahren; was immer ein Fahrzeug oder eine Verjüngung, oder ein Bildnis war und sich eine Menschenmenge flüchtete, da waren auch sie, und Pericles Brian machte dann an der Stelle Halt, wo die Masse sich am dichtesten drängte. Hatte eine große Tischele und verführte der Menschheit seine Volkshat — das erbeute Glück des Lebens, die Verteilung der Reichen von der Erde, die Befreiung von allen Schmerzen für einen Dollar die Fläche, die fünfzehn Prozent Örtlichkeit erzielte. Peter hatte die Fläche herumgetragen, das Geld einlöslich wußten, und deshalb blühte er, als er die vielen Menschen sah, gepannt um. Vielleicht wartete sie sich am einen Verkäufer von Hüternaugenflüßer, oder es wurde ein Mittel, das Tintenfische entfernend, verkauft, oder ein Leuchtpfeiler führte seine Ränge vor, dem Peter sich für ein Zutrittsrecht verdingen konnte.

Peter wand sich durch die Menge, doch das Verhängnisvolle, was er erlebte, waren Verkäufer, die kleine amerikanische Proben und patriotische Knöpfe mit der Aufschrift „Crawley America!“ feilschten. Auf der anderen Seite der Straße bemerkte er einen Mann, der auf einem Reife lebend eine Rede hielt, und Peter grüßte ihn stumm durch die Masse auf ihn zu, arbeitete mit den Schultern, glitt bald aus, bei unentwegt am Taschenuhrband, bis er endlich aus dem Gedränge herausgenommen war und sich in einem offenen Raum befand, der für einen Mann freigeblieben war. Man antwortete Bestätigung hielten eine Kette von entlohten Reife von Menschen zurück. Peter blühte sich an, über den offenen Raum zu laufen — im selben Augenblick aber kam das Ende der Welt.

II.
Der Gedanke zu hinterlassen, daß auf dieser unheimlichen Welt... (Text ist hier stark unleserlich)

eignis vorbereiten, aufbauen, die Erwartung erwecken, zum Höhepunkt gelangen. Wäre die Schilberung der Begebenheit, die das Schicksal auf Peter Gudge einfließen ließ, da er gerade die Straße überquerte, auf das eine Wort: „Dum“ beschränkt, in Letztem gebunden, die fast die ganze Seite einnahm, auch damit würde das wichtige Ereignis kaum vermisst werden können.

Das Ende der Welt, dachte Peter, sobald sein tödlich erschüttertes Hirn wieder eines Gedankens fähig war. Zuerst freilich setzte jedes Denken aus, da war nur die eine Empfindung — ein schmerzliches Aufschrecken, als hätte sich die ganze Welt in Lüne verwandelt, ein blendendes weißes Licht, als würden alle Blitze des Himmels, ein Schlag, der ihn erschlug, als sei er eine Feder, und ihn auf die andere Seite der Straße gegen ein Gebäude schleuberte. Peter fiel auf das Trottoir, ein hilfloser Haufen, lang, gebildet, gelächelt. Dort lag er — er wachte nicht, wie lange — bis allmählich seine Sinne zurückkehrten und elische Lauten aus der Bewirrung sich loszulösen begannen: ein schauerlicher, grauer Rauch, der auf der Erde zu liegen schien, ein herber Geruch, der Räucher und Junge brannte, Schreie, Schluchzen, Stöhnen. Etwas lag auf Peters Brust, und er meinte zu ersticken. Raumpfeife verhielte er, die Last abzuheben, sein Hände griffen in etwas Heißes, Kräftiges, Liebriges, und der entsetzte Peter erkannte, daß auf ihm ein verhämmelter Menschenleib lag.

Es war das Ende der Welt. Noch vor etlichen Tagen, da Peter ein gläubiges Mitglied der Ersten Apostolischen Kirche war, hatte er den heiligen Schrittmacher Worten der Offenbarung gelesen. Deshalb wachte er auch jetzt, dies sei das Ende der Welt, und da er viele Sünden auf dem Gewissen und keineswegs den Himmel hatte, vor Gott zu erscheinen, blühte er über die Toten und Verwundeten hin und sah vor dem Gebäude eine Reihe Riten liegen, die von den Priestern, die über die Köpfe der Menge hatten hinweggehen wollen, herbeigeführt worden waren. Peter begann zu kriechen, und da er merkte, daß es gelang, so schleppte er sich an der Riten heran, setzte sich in die eine und verbergte sich vor den Augen Gottes.

Blut war an ihm und er wachte nicht, was es das seine oder das anderer Menschen. Er hegte vor Angst, seine letzten Zähne hämmerten auf einander, wie die eines zerfallenen Speckes. Allmählich jedoch ließ keine Angst nach, und Peter erkannte, er habe die Glaubenssätze der Ersten Apostolischen Kirche von American-City nie ernst genommen. Er kannte den Namen der Bewunderer und den Gehalt der Worte und dachte sich nur zu manchen, was vorgetragen war. Stumm war in Erinnerung ein Erdbeben gewesen, konnte sich aber nicht erinnern, was es war in der Hauptstadt während ein Vulkan durchgebrochen? Oder war die Gestaltung geplant? Und was es nun vor sich aber nicht es noch eine Erklärung geben? Nicht der Fall ein selbster...

Feuer speien und Peter mit samt seiner Riste durch die Mauern von Guggenheimers Warenhaus schleudern?

Peter wartete und hörte dem furchtbaren Gejammer sterbender Menschen zu, die nach Hilfe schrien. Er hörte auch beschleude Beamten, wachte dies mühten Polizisten sein, sicherlich werden auch gleich die Ambulanzen kommen. Vielleicht ist auch er verletzt: er wollte aus seiner Riste kriechen, sich unterziehen lassen. Nächtling erinnerte er sich seines Magens, und sein Verstand, durch einen zwanzigjährigen Kampf gegen eine feindliche Welt gestärkt, erkannte blühartig die Möglichkeit, die ihm ein Schicksal geschenkt hat. Er wird vorgeben, verletzt zu sein, schwer verletzt, bewußtlos, an einem Kerenshof liegend; dann wird man ihn ins Spital bringen, ihn in ein weiches Bett legen, ihm zu essen geben — vielleicht kann er etliche Wochen dort verweilen und erhält nach etwas Geld, wenn er das Spital verläßt.

Vielleicht findet sich im Spital eine Beschäftigung für ihn, etwas Leichtes, das bloß Verstand erfordert. Vielleicht benötigt der leitende Arzt eines Menschen, der die anderen Kräfte überwindet, damit sie die Patienten nicht vernachlässigen, den Pflegen zu tun machen — irgend etwas derartiges kommt ja immer vor. Hatte sich auch im Waisenheim ereignet, wo Peter keine Kinderjahre verbracht hatte, bis er fortgelassen war. Das Gleiche hatte er auch im Tempel des Simejambos erlebt, dem Bakhtian el Kaandra, der Hauptmagister des eleusinischen Eratismus, warfand. Peter hatte sich als Rindgenosse in der Küche dieser mystischen Institution betätigt und sich langsam hinaufgearbeitet, bis er schließlich das Vertrauen Zuhörer Strigas errang, welcher der Major-Domus und die rechte Hand des Vorgesetzten war.

Wo immer es eine Anzahl Leute und einen Schatz zu verwalteten gibt, kommen Verleumdungen, Intriguen und Spionage vor, und da gibt es gute Gelegenheiten für einen, der einen Kopf für diese Dinge hat; dies wachte Peter ganz genau. Es mag seltsam erscheinen, daß Peter eben in dem Augenblick an dieser Dinge dachte, da sich vor ihm die Erde gelöst, die Luft sich in brüllenden Lärm und blendendes weißes Licht vermandelt hatte, er gegen ein Gebäude geschleudert worden und ein blutiger Frauenrumpf auf ihn niedergefallen war; Peter lebte seit fünfjähriger Kindheit von seinem Verstand, und unter solchen Umständen muß ein Mensch lernen, diesen Verstand immer und überall anzuwenden, wie verwirrend die Ereignisse auch immer sein mögen. Peters Training hatte nie eine Wohlhabend unangenehm gelassen; ja er hatte sogar darüber gerächt, was er tun würde, sollte es sich heraus, daß die Apostolische Kirche nicht hat und plötzlich die Johannes des Evangeliums Gedicht erdicht, und er, Peter, im langen weißen Nachthemd Jesus unvollständig gegenübersteht. (Fortsetzung folgt.)

Aus dem Reichstag.

Ein Tag der Anfragen.

Der Reichstag hat das nach längerer Arbeitspause gewohnte Bild: Ein stark belebtes Haus und die Wandelgänge gefüllt von Journalisten und Politikern anderer Parlamente, die mit den Reichstagsabgeordneten lebhaft und ausdauernd die politische Lage erörtern. Auch im Plenarsaal ist dauernde Anruhe und Stimmengewirr. Nur als Präsident Löbe seine Trauerrede auf die 5 Reichstagsabgeordneten hält, die der Tod innerhalb zwei Monaten dahingerafft hat, und als die frische Erinnerung an die Katastrophe von Oppau vor die Volkstribüne tritt, herrscht Trübniß im Raum.

Dann wurden fast zwei Stunden Anfragen verlesen und beantwortet. Besonders zahlreich und eindringlich waren Anfragen über das besetzte Gebiet. So interpellierte die Abgeordnete Neuhaus (Düsseldorf) über die Mißstände in Schulen, Vereinsthäusern usw., die infolge der Sanktionen mit französischen Besatzungstruppen belegt worden sind. Die Antwort der Reichsregierung anerkennt, daß im Brückenkopf Köln das Solinger Gebiet besonders zu leiden gehabt habe. Mehrfache Vorstellungen der Reichsregierung hätten keinen wesentlichen Erfolg erzielt. Durch die Zurückziehung der französischen Truppen in den jüngsten Tagen sei eine Besserung eingetreten.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Most teilt ein Regierungsvertreter mit, daß am 20. Juli ein 15jähriges Mädchen aus Friesenheim im Kreise Körös von zwei farbigen Soldaten ermordet und vergewaltigt worden sei. Ein dritter farbiger Soldat habe Aufpasserdienste geleistet. Die Besatzungsbehörde habe eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis der Reichsregierung noch nicht vorliege.

Am 11. Juni ist in Bieber bei Trier ein Kaufmann von einem französischen Soldaten mit einem Taschengerät niedergeschlagen worden. Die Reichsregierung ist überzeugt, daß die Tat von einem französischen Soldaten ausgeführt worden ist. Infolge einer Anfrage des Abg. Hepp hat das Kabinett die Besatzungsbehörde ermahnt, Maßnahmen gegen die Wiederholung solcher Vorgänge zu treffen. Der französische Soldat konnte noch nicht ermittelt werden.

Abg. Dr. Beder, sen. fragte, was die Reichsregierung dagegen zu tun gedenke, daß der deutsche Weinbau in den besetzten Gebieten durch die Fokalisierung geschädigt werde. Der Vertreter der Reichsregierung konnte nur mit der Hoffnung auf die Aufhebung der Sanktionen antworten.

Abg. Dr. Quack verlangte Auskunft über die Höhe der Besatzungskosten, über die Ursache der Preissteigerungen bei den Betriebsverwaltungen, über die künftige äußere Gestaltung des Reichshaushaltes, über die Höhe des gegenwärtigen deutschen Volkseinkommens u. a. m. — Er wurde von einem Regierungsvertreter auf die inzwischen erschienene Denkschrift über die Besatzungskosten verwiesen. Hinsichtlich der Preissteigerungen bei den Betriebsverwaltungen steht eine Denkschrift in Aussicht. Auskunft über die Höhe des deutschen Volkseinkommens hält die Reichsregierung solange für unmöglich, wie die deutschen Verhältnisse nicht zu einer Festigung gekommen sind.

Dr. Barth, Chemnitz, beschwert sich, daß für ein erhebliches Quantum Schweizer Stickerien die Einfuhrbewilligung erteilt worden sei.

Ein Regierungsvertreter antwortet, daß dies nach Anhörung der hiesigen Industrie mit Rücksicht auf die weiterverarbeitende Industrie geschehen sei. Grundtätigkeit halte die Reichsregierung an dem Einfuhrverbot fest.

Der Abg. Künzler fragt, ob es richtig sei, daß der Reichsbrieflich verfertigte Kapitän Ehrhardt seine volle Pension zugesprochen erhalten habe und wie er sie erhalte. Ein Vertreter des Reichswahlministeriums antwortet, daß die Pension gesperrt sei bis das Reichsgericht über den Hochoverratsprozeß Ehrhardt entschieden habe.

Die Eröffnungsrede des Genossen Löbe

„Seit dem Auseinandergehen des Reichstages hat der Tod reiche schmerzliche Ernte gehalten und besonders die Fraktion des Zentrums schwer heimgeschlagen. Am 20. Juni schloß ein Senior des deutschen Parlaments, Herr Prälat Professor Dr. Heye, der seit 1884 ununterbrochen dem Reichstage und der Nationalversammlung angehörte, die Augen. Die ganze deutsche Sozialgeschichte ist unter seiner rühmlichen Mitarbeit gefördert worden und noch in den letzten Monaten hat Herr Abg. Heye in den Ausschüssen regie Anteilnahme gezeigt. In den Wärdern, welche die sozialpolitischen Gesetze des Reiches behandeln, ist kein Name unergänglich eingetragener und sein Andenken ist festgehalten bis in ferne Zeiten. Das Grab über ihm hatte sich kaum geschlossen, als der Tod den Führer der Zentrumspartei, Herrn Geheimrat Trimborn, am 25. Juli, und kaum einen Monat später, am 19. August, seinen Vorstandsvorgesetzten, Herrn Reichsgerichtsrat Burlage, hinwegraffte und schmerzliche Wunden in die Reihen des Zentrums riß. Beide führenden Parlamentarier haben sich, auf allen Seiten des Hauses hoch geachtet, in aufopfernder Weise an den Arbeiten des Reichstages beteiligt. Kollege Trimborn schon seit dem Jahre 1896, Kollege Burlage mit Unterbrechung seit 1903. Wir schätzen als besonders wertvollen Zug an dem verstorbenen Abg. Trimborn seinen großen Humor, seine nie versagende Feilitzei, mit der er so manchen Mal trübselige Lagen überwinden half, aber auch als Parteiführer war er bemüht, ausgleichend und verständig zu wirken. Ich danke dem Verstorbenen die Freundschaft und Nachsicht, mit welcher er dem, die Aufgaben noch nicht überlebenden Reichstagen zur Hand ging und in väterlicher Weise behilflich war. Herr Burlage hat mit Hingabe als der Treueste einer in allen großen und kleinen Sitzungen ausgehalten und das Vorbild eines pflichttreuen Parlamentariers gegeben. Erschütternder aber als diese harten Verluste wirkte auf uns die Nachricht von dem tödlichen Mordanschlag, dem unser Kollege Erberger, Reichsfinanzminister A. D., zum Opfer fiel. Dieser Mord hat unser Land in schwere Kämpfe geführt, denn er war nicht die Tat eines kühnen Kriminellen, eines verstoßenen Idealisten, sondern ein fahrlässiger Überfall aus politischen Motiven. Schlimmer noch, es hatte vor der Tat Stimmen gegeben, die sie offen herbeigewünscht, es hat nachher Stimmen gegeben, die sie billigten, rechtfertigten und entschuldigeten. Man billigte die Tat der Mörder, die vorgegeben dem Vaterlande einen Dienst erwiesen zu haben, und doch sollte nicht den Tat hatten, für ihre Tat einzustehen, sie zu verurteilen, die sie verurteilen und flohen und damit sagten, daß sie selbst nicht zu Opfern bereit waren. Man sah nicht, daß das Kleid des Offiziers mit Wunden besetzt wurde, von dem man früher sagte, es wäre das erste Kleid des Staates, man sah nicht, wie es vor dem Auslande herabgehakt wurde, das ohnehin mit Vorwürfen gegen die deutsche Armee nicht lachte. Der gefallene Kollege Erberger hat gewiß oft im härtesten Kampfe gestanden und manches Mal eine harte Klinge geführt, aber er hat auch gearbeitet im Dienste des Vaterlandes und des Parlaments, dabei mag ihm auch manchmal Feindschaft unterlaufen sein. Wer die Verantwortung in schwerer Zeit anderen überläßt, ist an solchen Feindschaften schuld. Die aber den Kampf um den politischen Frieden aus persönlichen Überlegungen, die haben Teil an der geistigen Verarmung, deren Opfer er schließlich wurde. Und ich wiederhole deshalb an dieser Stelle, was ich ihm in sehr klaren Worten sagte: Die Geschichte ihm geben, was viele seiner Zeitgenossen ihm verweigerten, möge sie an seinem Namen gedenken, was an seinem Leben nicht gutgemacht werden kann.“

Am 5. September nach fernem das Kabinett des Hauses, Herr Abg. Reichhaus, der dem Reichstage von 1893—1900, dann wieder seit 1912, angehört hat und zuletzt an den Seiten für Vergütung der Reichsämtern tätig war. Die Bitte des Leibes, das uns betreffen, ist noch nicht erfüllt. Am 21. September durch die die Gesundheitsminister die deutschen Gaus, daß ein flüchtiges, auch heute noch nicht aufgeklärtes

Wegfall bei Sabotageaktionen
Ermordete deutscher Arbeiter und Angehörige in dem Tod geflohen.

Sünden von Frauen und Kindern ihr Lebensglück und ihren Ernährer, andere ihre Gesundheit, Haus und Heim verloren haben. Mit tiefer Teilnahme steht der Reichstag an der Bahre dieses Opfer der Arbeit, drückt den Hinterbliebenen sein innigstes Beileid aus, und verspricht mitzuwirken, um den Schmerz zu lindern, soweit er von Menschenhand gelindert werden kann. In der Teilnahme für die Betroffenen, in der Hilfsbereitschaft für die Angehörigen der Dahingerafft sind alle Parteien einig, sie werden auch mithelfen an der Aufklärung der Ursachen des Unglücks, und Sicherheitsmaßnahmen gegen die Wiederholung eines solchen treffen, soweit menschliche Macht dazu ausreicht.

Ein U. S. P.-Gesetzentwurf zum Schutz der Republik.

Die Unabhängigen haben im Reichstage einen Gesetzentwurf zum Schutze der Republik eingebracht. Der § 1 lautet:

Beamte, im öffentlichen Dienst, Angestellte und Angehörige der Wehrmacht, die

- monarchistische Auffassungen öffentlich vertreten oder in oder bei Ausübung ihres Amtes bekunden,
- zu Personen, die ihnen dienlich unterstellt sind, oder die sie zu unterrichten oder zu erziehen berufen sind, oder mit denen sie aus dienstlicher Veranlassung in Verbindung treten, im Sinne monarchistischer Auffassung einwirken,
- die Kraft ihres Amtes ihnen zugänglichen Einrichtungen in den Dienst monarchistischer Bestrebungen stellen,
- als Dienstvorgesetzte Handlungen der bezeichneten Art dulden,
- die Leistung des Eides auf die Verfassung verweigern, werden aus dem Dienst entlassen.

Die unabhängige Fraktion hatte den Wunsch, vor dem Einbringen dieses Gesetzentwurfes mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu verhandeln, jedoch war dies infolge der Tagung in Götting unmöglich. Unsere Reichstagsfraktion wird selbstverständlich die Tendenz des Gesetzentwurfes unterstützen, womit jedoch nicht gesagt ist, daß wir ihn nicht für verbesserungsfähig halten.

Der Arbeitsplan des Reichstages.

Am heutigen Mittwoch wird im Reichstag die sozialdemokratische Interpellation über das Unglück von Oppau verhandelt werden. Für die sozialdemokratische Fraktion wird der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes, Abg. Brey, sprechen. — Der Donnerstag bleibt sühntagsfrei. Der Auswärtige Ausschuß wird an diesem Tage den deutsch-amerikanischen Vertrag beraten. — Am Freitag soll die große politische Aussprache über die Verordnung des Reichspräsidenten gegen die Rechtsbolschewiken beginnen. Unser Fraktionsredner ist der Genosse Scheidemann, für die Unabhängigen Herr Dr. Wittmann. — Er ist beabsichtigt, das Plenum des Reichstages vom 1. bis zum 26. Oktober zu vertragen. Jedoch sind gegen eine so lange Pause von der Linken Einwendungen erhoben worden. Während der Pause sollen zahlreiche Gesetze für die Reichstagsberatung reifen gemacht werden. Ende Oktober will man die großen Steuererlässe im Plenum des Reichstages beraten und dann in einer langen Reichstagspause den Steueraussschüssen Gelegenheit zu gründlicher Arbeit geben. — Der Rechnungsanschluß hochachtungsvoll, auch während der Oktoberpause zu sagen, um das Reichsmietengesetz zu fördern und die Vorläufe zur Sozialisierung der Baustoffherzeugung und des Wohnungswesens zu erörtern.

Die Reichstagsfraktion der Zentrumspartei

hat anstelle des verstorbenen Abgeordneten Trimborn den Abgeordneten Marx zum ersten Vorsitzenden gewählt. Das Amt des zweiten Vorsitzenden verbleibt in der Hand des Abgeordneten Beder. Arnberg, Dritter Vorsitzender wurde der Abgeordnete von Guerd.

Magimilian Harden.

Auf eine kleine Anfrage im Reichstage erklärte ein Regierungsvertreter, daß die Reichsregierung der Reise Magimilian Hardens nach Amerika fernstehe.

Ausland.

Volkstommisar Leonid Krassin

über den neuen russischen Kapitalismus.

(Drahtbericht unseres Berliner Büros.)

Ein handelspolitischer Mitarbeiter des „Berliner Tageblatts“ hatte eine Unterredung mit dem zurzeit in Deutschland weilenden russischen Volkstommisar Krassin. Dieser russische Wirtschaftspolitiker gab in einer Zusammenfassung der bolschewistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik offen und ehrlich zu: „Natürlich! Wir führen zum Kapitalismus zurück und folgen dabei einer Notwendigkeit, die sich aus dem Verlangen und Erschaffen der weltrevolutionären Bewegung ganz von selbst ergibt.“

„Wenn die Weltrevolution eintritt, das habe ich in keinem Buche geschrieben, niemals hätten sich die führenden Männer der Sowjetregierung der Aktion hingegen, daß Rußland als kommunistische Insel im Meer des Weltkapitalismus existieren könne. Und überhaupt! Rußland habe genug Opfer auf dem Altar der Weltrevolution gebracht. Jetzt müsse sich die Sowjetregierung dem inneren Problem des Wiederaufbaus zuwenden.“

Wenn auch Rußlands Rückkehr zum Kapitalismus nunmehr entschieden sei, so sei ein solcher neuer Kapitalismus doch wesentlich verschieden von dem Kapitalismus alten Stils. Früher habe Rußland unter der politischen Herrschaft des alten Kapitals gestanden, jetzt aber steure man auf einen Kapitalismus unter der politischen Kontrolle des Proletariats zu.

Der Mitarbeiter des „S. T.“ bezeichnet diese Ausführung Krassin mit Recht als ein sehr hochbedeutendes Programm, als Kommunismus-Ürsach und als einen Auszug der Resignation über die bisher erlittenen Mißerfolge. Wenn sich in Rußland wirklich ein neuer Kapitalismus entwickeln sollte, dann werden die neuen emporkommenden Kräfte der jungen Kapitalmacht „trotz aller Kontrolle und Sicherung“, auch politische Erneuerung heiligen und durchsetzen.

Das Lemberger Attentat und die ostgalizische Frage.

Warschau, 27. September. (Drahtbericht.) Die Warschauer Presse äußert sich dahin, daß das Lemberger Attentat auf Wladimir und Grubowski die ostgalizische Frage erneut auf die internationale Tagesordnung bringe. Die „Gazeta Wazajska“ schreibt, die Ukrainer hätten mit dem Attentat sagen wollen: Wir stehen, also sind wir vorhanden. Die „Nietzpospolita“ meint, die Lemberger Schüsse reichten bis nach Genf.

Der Attentäter, Stefan Fedak, ist 21 Jahre alt, war Leutnant in der österreichischen Armee und später Stabsoffizier bei Peßura. Er gehörte dem „Komitee der ukrainischen Jugend“ an, welches in Lemberg, da es dort keine ukrainische Umwidmung gibt, eine Geheimunterstützung organisiert hatte; außerdem aber diente dieses Komitee, das unter Führung der Doktoren Baran und Barwinsky stand, terroristische Aktionen vor. Vor und nach dem Attentat haben in den Kreisen des Komitees zahlreiche Versammlungen stattgefunden.

Gewerkschaftlich organisiert

muß heute jeder sein, der von seiner Arbeit leben will. Angesichts des Versagens der immer noch die Mehrheit behauptenden bürgerlichen Parteien im Kampf gegen Hunger, Dedung des Reichsdefizits und Entwertung des deutschen Geldes wird der entscheidende

Kampf der nächsten Zeit um die Lebenshaltung des größten Teils des Volkes zunächst wiederum den Gewerkschaften zufallen. Alle Fragen des gewerkschaftlichen Kampfes müssen dadurch steigende Bedeutung gewinnen.

Die bürgerliche Presse,

auch soweit sie politisch der Arbeiterchaft gelegentlich Sympathien macht, steht in jedem gewerkschaftlichen Kampf im entscheidenden Augenblick immer auf Seiten der Arbeitgeber gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten.

Die sozialistische Presse

allein stellt sich in den Dienst der freigewerkschaftlichen Bewegung, die im wirtschaftlichen Kampf denselben Zielen zustrebt wie die Sozialdemokratie im politischen Leben. Um der jetzt wieder steigenden Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung, die die kommunistische Zersplitterung überwunden hat, noch besser gerecht zu werden, bringt

die „Volkswacht“ vom 1. Oktober d. J. an einen besonderen gewerkschaftlichen Teil.

Die gewerkschaftlichen Angelegenheiten Breslaus, Schlesiens und des ganzen Reiches werden in diesem Teil unter Berücksichtigung der Gewerkschaftsbewegung des Auslandes einheitlich bearbeitet werden. Die Berichterstattung über gewerkschaftliche Angelegenheiten wird durch eine besondere Redaktionsabteilung ausgebaut. Mit Unterstützung der gewerkschaftlichen Organisationen selbst sollen alle Fragen der Gewerkschaftsbewegung fortlaufend sachlich in größerem Rahmen wie bisher behandelt werden. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter und Angestellte soll durch die regelmäßige Lektüre der „Volkswacht“ neben der seines gewerkschaftlichen Fachblattes Anregung zu gewerkschaftlicher Fortbildung finden. Wir erbitten für diesen neuen Teil unseres Blattes die

Mitarbeit und Unterstützung aller unserer gewerkschaftlich organisierten Leser und Leserinnen.

Aus der Provinz Schlesien.

An die Arbeiterjugendvereine Mittelschlesiens!

Die Bezirkskonferenz des Verbandes der Arbeiterjugendvereine Deutschlands, Bezirk Mittelschlesien, findet für dieses Jahr am Sonntag, den 2. Oktober, vormittags 10 Uhr, im kleinen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses, statt.

Die Tagesordnung ist folgende: 1. Bericht der Bezirksleitung über das verfloßene Geschäftsjahr; 2. Jugendpflege oder Jugendbewegung? Referent Genosse J. Ohlig, Striegau; 3. Jugend und Bildung; 4. Anträge; 5. Verschiedenes.

Wir eruchen die Ortsvereine, entsprechend ihrer Mitgliederzahl, Vertreter zu entsenden. Auf je 100 Mitglieder entfällt ein Delegierter. Angefangene 100 gelten dabei als voll. Gäste sind willkommen. Partei- und Gewerkschaftsvertreter aus Orten, wo ein Arbeiterjugendverein erst gegründet werden soll, sind gleichfalls gern gesehen und werden erucht, sich beim Vorstand besonders zu melden.

Jeder Ortsverein muß vertreten sein. Die Kosten gehen zu Lasten der delegierenden Vereine.

Anträge der Vereine werden bis zum 30. September einschließlich entgegengenommen und sind an die Adresse des Jugendbezirksvorstandes, Reinhold Zimmer, Breslau 9, Fürstenstraße 12, zu richten.

Mit der Konferenz ist eine Material-Ausstellung verbunden. Beginn der Tagung pünktlich 10 Uhr vormittags.

Die Bezirksleitung.

Bolschew. Gewerkschafts-Versammlung. Am 24. 9. h. wurde hier im Gesellschaftshaus eine öffentliche Gewerkschaftsversammlung durch den hiesigen Ortsausschuß einberufen. Der Referent, Kollege Pette in Breslau, behandelte in dem ersten Teil seines Vortrages, in ausführlicher, anregender Weise das Thema: „Was müssen die Arbeiter und Angestellten vom Einkommensteuergesetz wissen und was muß bei der Steuereinführung in Zukunft beachtet werden?“ Nach dem Vortrag wurden in der Aussprache hierüber verschiedene Fragen über Entschädigung, Werbungskosten usw. durch Kollegen weiter gefaßt. Im zweiten Teil des Vortrages behandelte Kollege Pette das Thema: „Was müssen die Arbeiter von der sozialen Gebührengewinn wissen?“ Auch hierbei gab der Referent, besonders bei der Sozialversicherung, wertvolle Aufschlüsse, wie sich jeder Kollege zu verhalten hat, um vor Schäden geschützt zu sein. Für die reißende Aufführung dieser so wichtigen Gesetze und Bestimmungen, dankte die Versammlung, welche noch zahlreicher besucht sein konnte, Kollegen weiter durch lebhaften Beifall und es zeigte sich so recht, wie auch die hiesige Arbeiterchaft für Aufklärung und Belehrung bestrebt ist.

Bereinstalender.

Deutscher Metallarbeiterverband (Baukammer). Donnerstag, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses: Außerordentliche Versammlung. (Näheres siehe Zitat.)

Metallarbeiterverband (Metallbau, Schifffahrt und jugendliche Arbeiter). Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr, im Zimmer 10 des Gewerkschaftshauses: Versammlung. Bericht über die Jugendfragen auf dem Tensar Verhandlung.

National-Druck 27. Donnerstag, 7. Uhr abends: Außerordentlich wichtige Versammlung sämtlicher Funktionäre und Vollzugsratsmitglieder bei Wulff, Cammerer-Str. 11, Göttingen im 11. Mißg.

Deutscher Metallarbeiterverband. Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr, im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses: Mitgliederversammlung für alle Branchen mit wichtiger Tagesordnung. Besichtigtes-Geldwesen erforderlich. Die Ortsvereine

Stadt-Theater.
Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Die Fledermaus.
Donnerstag 7 Uhr: **Bohème.**
Freitag 7 Uhr:
Der Rosenkavalier.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. Tel. Ring 2543.
Mittwoch, Donnerstag,
Freitag 7 1/2 Uhr:
Das Hollandwettbewerb
Sonntags 7 1/2 Uhr:
Der Opernball.
Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr:
Die Förster - Christel.
Sonntags, täglich 7 1/2 Uhr:
Der Opernball.

Dominikaner!!!
Täglich punkt 7 1/2 Uhr:
Hans Schwarzenbergs beste
reisende Herren-
Gesellschaft Deutschlands.
Detektiv-Anton
2 glänzende neue Solostücke.
Programm vom 25. u. 26. u. 27. Okt.

ZEPTEKINO
Kupfer-Weizler
Bösch-Herold
Mädchenhändler
Czyslow oder:
Der Weg zur Verdammnis
1. u. 2. Teil, 12 Akte

LUNA PARK
Täglich im Sternensaal:
5-Uhr-Tee
Kabarett
Tanzvorführungen

Gummiwaren
für Damen und Herren
Spülprigen
Strigularen 6588
Seib- und Monatsbinden
sowie sämtliche
Frauenartikel
Katalog gegen Einzahlung
von 1.- Mark

Frau A. Gebauer
Seesatz 57, Deutscherstr. 11.
Tel. Friedrich-Str. 36

Marineblaue
Tuchanzüge
fertig und nach Maß.
Moderne Ausführung
in eigener Werkstatt.

Cutaway
streng nach neuesten
Formen gearbeitet, in
schwarz und marone.

Ulster-Schlüpfer
Meine prächtig angelegte
Maßabteilung
bietet Ihnen die tatsächl.
Garant. g. Arbeit u. cher.
Preis. Für den Anst. u. all.
Bekid. Angelegen. ohne
irgend einer Kontierung.
Wilk. Ed. Schuberl
43 Kleberstr. 43

Genossen!
Landleute u. Private!
Beim Ein- und Verkauf
von Möbeln jeder Art
wird Euch nur an den
Volkswort
Auch Einlagerung von
Möbeln und Einrichtungs-
gegenständen.
Wohnungsinhaber
Melungen in dem
Barbarer-Str. 5

IM REICH DER MODE
Ausstellungsgebäude Scheitnig
Volkstüml. Eintrittspreis M. 5.50 (einschl. Steuer)
im Ausstellungsgebäude täglich nachmittags 3 1/2-6 Uhr
Mode- und Tanzvorführungen,
künstler. Vorträge Jos. Halpern

Vereinigtes Theater in Breslau.
Direktion: Paul Barnay.
Lobe-Theater. Thalia-Theater.
Mittwoch, den 28. September, 7 1/2 Uhr abends:
Das Weib auf dem Tiere. | **Der Mann ohne Vergangenes!**

Theodor Stolle's Gesellschaftshaus
(früher Fister)
Breslau 24, Größelstr. 252 B, Tel. R. 2824
Heute Vornehmer Tanz
Ab 7 Uhr: **Eisbeineffen.** 7055
Angenehmer Familienaufenthalt.
Strassenbahnlinie 10 fährt bis vor die Tür.

Carl Bräuer's Festhale
„Zur frohen Stunde“ **Gabigstr. 22**
Heute Mittwoch: 6540
Tanzkränzchen
Anfang 5 Uhr. Carl Bräuer.

Hiermit zur Kenntnis, daß ich das
Tanz- und Familien-Lokal
Zur Klosterplantage
Ofenerstraße 122
von Herrn Milde käuflich erworben habe.
Zu der
am 1. Oktober
in meinen 2 Sälen stattfindenden
Einweihung
verbunden m. **Schlachtfest u. Ganz**
lade ich hiermit alle verehrten Gäste und
Bekanntem herzlichst ein. 1090d
Gute Küche! Solide Preise!
Hermann Stephan und Frau
Ofenerstraße 122
früher: Schuhboden, Mauritiusplatz.

Möbel
Schränke, Verticos,
Bettstellen m. Matr.,
Sofas, Spiegel etc.
empfehlen
per Kasse, eventuell
Tilgung.
Karsunky & Co.
Rosenhalestr. 2, 1.
gegenüber
der Odertorwache

Bei
regelmäßiger
Periodenförderung
verlangen Frauen mit meine
höher werten Mittel.
Billigste Preise
in **Gummiwaren**
Strigularen Spülprigen, Leib-
und Monatsbinden.
Katalog gegen 50 Hfg.-Karte.
Frau B. Zander,
Kaiserstr. 6555
Breslau 9.
G.-Str. 28, 1. St. 1. Et. 1.
in der Kleberstr.

**Damen-
Hüte**
R. Glücksmann
Karlsplatz 3
1 Treppe. 671

Möbel unterhalb 7000
billiger.
Rundtisch **Schlafzimmer 3500**
eigen. **Bettzimmer 3500**
eigen. **Speisezimmer 4200**
eigen. **Wohnzimmer 4200**
eigen. **Büro 550-1500**
eigen. **R. Glücksmann**
K. Glücksmann, Bräuerstr. 23.

Fremd & Krebs,
Karlstr. 30, neb. d. Hofkirche
Neuhütt. Spezialität:
Damen-Valorolls - Hüte
in allen neuen hellen Farben.

Schlafzimmer
komplett v. 2900 Mk. an
Küchen
7teil. v. 650 Mk. an
bei Raummangel
empfehlen
Chaiselongue - Bett
1 Bett - 1 Bett
Julius Ollendorff & Co.
Aibrechtstr. 14.

Breslauer
Schuhmarke 0762
„Gold“ und „Silber“
Paul Glatzel
Brennerei
Rosenhalestr. 1820.

Röstkaffee
täglich frisch geröstet
Breslauer
Consum-Verein

SCHAUBURG
VIKTORIA-THEATER

Nur noch 2 Tage!
Varieté-Bühnen-Schau:
Beginn der Schluß-
Damen-Boxkämpfe
12 stramme Boxerinnen
Jeder Kampf bis zur Entscheidung!

Bisherige Resultate der Favoriten
bis Dienstag, den 27. September:
Kavcs - Ungarn: 9 Siege, 10 Niederlagen
Burgart - Bayern: 9 Siege, 10 Niederlagen
Flacher - Deutschland: 16 Siege, 1 unentschieden
Boler - Oesterreich: 15 Siege, 1 unentschied., 1 Nied.
Götzel - Steiermark: 7 Siege, 8 Niederlagen
Szankowitz - Tirol: 5 Siege, 7 Niederl.

Filmschau: Welterfolg! **Erstaufführung!**
Asta Nielsen
als
Hamlet
der tolle Prinz.
Das Geheimnis
eines Menschen
7 Akte.
Was war Hamlet?
Mann oder Weib?

Ich bin kein Mann
und darf nicht Weib sein
bin
Spielzeug bin ich, bei dem man das
Herz vergißt.

Konzerthaus Friedeberg
Heute sowie jeden Mittwoch:
Vornehmer Tanz
Anfang 6 Uhr. 6539

DEK

Nur noch 2 Tage!
Der große Original-Amerikaner!

Den Bestien der Steppe preisgegeben!
6 Akte. 4382

In den Krallen der Hyänen 6 Akte
Eine Sensation jagt die andere!
Einstimmiges Urteil: Die beiden Filmschlager
stellen die unglaublichen Sensationen von
„Gollath Armstrong“ in den Schatten.

Schicke Herrenkleidung
nach Maß erhalten Sie, wenn Sie Ihre alten Kleider wenden
und umarbeiten. Saison 1907. 6478
Militär-Mäntel
werden bei uns in tadelloser Ausführung zu hohen Sport-
paletots oder Ulster umgearbeitet. Reichhaltiges Stofflager
in in- und ausländischen Qualitäten. Stoffe werden zur
Bearbeitung angenommen. Eilige Bestellungen binnen
drei Tagen. Auswärtige Aufträge werden prompt erledigt.
Jaschonek & Kleiner, Schneidewerkstatt, Ernststraße 2.

Wir stellen Sie zufrieden!
denn wir sind leistungsfähig und
äußerst preiswert.



Ueberzeugen Sie sich davon!

Wenige Beispiele:

| | |
|---|---|
| Damenstiefel in echt R.-Chevr., erhöhter Schaft Mk. 12800 | Herrenstiefel in R.-Chevr. und Boxkalf . . . von Mk. 14800 |
| Damenstiefel Einzelpaare von Mk. 8900 | Fahleder-Schaftstiefel doppeltsohlig m. Beschlag enorm billig Mk. 19500 |
| Damen-Halbschuhe in echt Boxkalf u. Roß-Chevr. von Mk. 9800 | Kinderstiefel von Mk. 6850 |

Große Auswahl! **Besonders preiswerte Restposten**
Beliebte Formen! **in jedem Artikel vorrätig!**

Wir führen nur Qualitätswaren!
Erzeugnisse der ersten deutschen Schuhindustrie!

Der Warenhandel Gneisenau-
Straße 4.
Strassenbahn-Linien 7, 8, 10, 11.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 28. September.

Sozialdemokratischer Verein.

Berichterstattung vom Parteitag

erfolgt morgen Donnerstag, den 29. September, abends 7 1/2 Uhr, in

zwei Mitgliederbesammlungen

im Gewerkschaftshaus und im Zentral-Saal, Westendstraße 50/52. Berichterstatter sind die Genossen: Castein, Rade, Müng, Pfeiff.

Genossinnen und Genossen! Die Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitages sind von ungeheurer Wichtigkeit. Sorgt für guten Besuch. — Ohne Parteimitgliedsbuch kein Zutritt!

Die für heute vorgesehenen Besammlungen im „Bergkeller“ und in der „Wilhelmsburg“ fallen aus.

Wichtig! Parteitagsbesammlungen in der Schutzpolizei! In der letzten Zeit ist in der Schutzpolizei das Innebindungsstreben mit anderen Genossen sehr erschwert worden, und dadurch ist ein Teil der Mitglieder mit ihren Beiträgen in den Rückstand gekommen. Alle die Wert darauf legen, Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei zu bleiben, oder ihr beizutreten, werden dringend ersucht, sich jeweils Raffierung sofort im Parteisekretariat im Gewerkschaftshaus, 2. Etage, Zimmer 36, zu melden.

Ein Willkommen zum Bodenreform- und Heimstättenentag.

Die Gewerkschaften, der Arbeiter, Angestellten und Beamten in Schlesien und der Landesverband Schlesien des Bundes deutscher Bodenreformer haben gemeinschaftlich unter Mitwirkung des Heimstättenbundes der Deutschen Beamenschaft e. V., Berlin, die Tagung vorbereitet und die Vorarbeiten für die Veranstaltungen getroffen.

Nun heißt es, der Heimstättenbewegung in Schlesien kräftigen Anstoß geben, und die Allgemeinheit und die Öffentlichkeit in weitestem Maße dafür zu interessieren. Es handelt sich um eine Sache des Volkes im wahren Sinne des Wortes! Hand in Hand arbeiten die Gewerkschaften mit den Bodenreformern. Durch diese Arbeitsgemeinschaft ist eine breite Grundlage geschaffen.

Gerade in Schlesien und besonders in der Provinzhauptstadt Breslau, herrschen größte Wohnungsnot und bitterstes Wohnungs-elend. In schweren Zeiten tritt also der Bodenreform- und Heimstättenentag zusammen. Hand- und Kopfarbeiter haben an der großen und gerechten Sache der Heimstättenfrage das brennendste Interesse und werden es durch guten Besuch der Veranstaltungen beweisen.

Der alte Kämpfer für Bodenreform und Heimstätten, Adolf Damalski, wird hier sprechen. Gewerkschaften und Bodenreformer aus dem ganzen Lande senden Vertreter zu der Tagung. Die Rede der Hand- und Kopfarbeiter wird erscheinen, um sich zu unterrichten und mit festem Willen zu der wichtigen Frage zu stehen.

Allen, die uns vorwärts helfen aus Wohnungselend und Not ein

herzliches Willkommen!

Berammlung der Polizeibeamten.

Der Bezirksverband „Mittelschlesien“ des Polizeibeamtenverbandes „Preußen“ hielt am Montag abend eine öffentliche Polizeibeamtenversammlung im „Friedenberg“ ab. Der überfüllten Versammlung wohnten außer Vertretern der Regierung und der verschiedenen politischen Parteien auch der neue Polizeipräsident Kleibömer und dessen Vertreter Dr. Simon bei. Kleibömer gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß er der Versammlung beizuwohnen darf, die sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Polizeibeamten beschäftigt wird und hat, die Verhandlungen unter der Devise: „Einer für alle und alle für einen“ führen zu wollen.

Kebner war der Verbandsvorsitzende Schrader-Berlin. Er betonte, daß im Interesse des Volksganzen die uniformierte Schutzpolizei, die Verwaltungs- wie die Kriminalpolizei fast zusammenarbeiten müssen. Die öffentliche Ordnung und Sicherheit darf nicht nur durch eine starkbewaffnete Macht aufrecht erhalten werden, sondern die Polizei muß sich den drückenden Bedürfnissen anpassen. Ihre Hauptaufgabe aber muß sie darin sehen, Straftäter zu verhindern. Vor allem muß im Polizeikorps Manneszucht, nicht Kadavergehörigkeit, herrschen. Dann wird der Polizeibeamte in seiner schwierigen Lage unterliegen. Streng aber muß der Polizeibeamte vom Militär unterschieden werden. Es darf keine militärische Polizei geben, soll sie nicht in einen scharfen Gegensatz zum Publikum gebracht werden. Da an die Polizeibeamten heute außerordentlich hohe Anforderungen gestellt werden, muß eine strenge Auswahl getroffen werden. Der Mann aus dem Volke kann aber erst dann für den Polizeidienst gewonnen werden, wenn ihn der Beruf befriedigt, wenn er sein Auskommen hat und er auch in rechtlicher Beziehung sicher gestellt ist. Das Gros der heutigen Polizeibeamten wird aber in Gruppe I und II eingeteilt und bleibt damit weit hinter dem Existenzminimum zurück. Es muß Aufgabe der Beamten sein, sich eine geistlich anerkannte Vertretung zu schaffen, die ihre Interessen auch voll und ganz vertreten kann. Im alten Staat war der Beamte unfrei; jetzt aber ist er befreit, an allen Fragen des öffentlichen Lebens teilnehmen zu können; und das, was errungen worden ist, muß auf alle Fälle erhalten bleiben.

Die Fragen der Polizeibeamten müssen im Einvernehmen mit allen übrigen Beamten geregelt werden. Beamtenauskünfte bestehen bei den verschiedenen Abteilungen und Dienstbehörden; sie dürfen aber nicht in Erscheinung treten, man geht einfach über sie hinweg. In irgend welchen Fragen der inneren Organisation wurden sie noch nie hinzugezogen. Das muß entschieden anders werden. Darum müssen alle Beamten fest zusammenstehen und einzig und geschlossen ihre Interessen vertreten. Aber auch in politischer Beziehung müssen die Beamten zuverlässiger werden und nicht, wie jetzt, jeder Konjunktur nachlaufen. Der Beamte muß sich zu einer festen Ueberzeugung durchringen und diese auch zum Ausdruck bringen. Alle Beamte haben den Eid auf die Verfassung geleistet, die sie sogar verpflichtet sind, mit ihrem Leben zu verteidigen. Wer glaubt, diesem Anfinnen nicht nachkommen zu können, der möge sich einen anderen Beruf wählen. Der Staat muß sich auf seine Polizeibeamtenschaft, die durch nichts zu beeinflussen ist, verlassen können.

An den mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag knüpfte sich eine längere Aussprache, in der u. a. Kriminaloberwachmeister Gherke bedauerte, daß die Wünsche der Beamenschaft bei der Umbildung der Polizei nicht gehört wurden. So hatte sie u. a. verlangt, Vermehrung der Kriminalpolizei und Befreiung der 28 Reviere. Jetzt sind die Klagen des Publikums groß; auch sind ganze Straßen, besonders der Außenstadt, unbewacht. Kebner hat den Polizeipräsidenten, diese Wünsche der Kriminalbeamten zu berücksichtigen.

Aus der Herren- und Anabenkleiderkonfektion.

Ab 1. Oktober betragen die Zuschläge für die Herren-, Burtschen- und Anabenkleiderkonfektion anstatt 725 Prozent 740 Prozent, für Zoppen 840 Prozent, Kinderkonfektion 650 Prozent. Ebenfalls verändern sich auch die Löhne für die Hilfskräfte sowie Heimarbeiterinnen, welche bei Zwischennestern beschäftigt sind. Für die Zwischennestern und Heimarbeiter ist außerdem ein Nachtrag von 31 Positionen, die bisher tariflich nicht erfasst gewesen sind, vereinbart worden. Die Nachträge sind ab Freitag, den 30. September, im Büro des Verbandes, Margarethenstraße 17, zu haben.

Zum Streit in der Zementindustrie.

Dem Verbands der Bauarbeiter wird uns geschrieben: Die Darstellung in der Montagnummer der „Volkswehr“ entspricht nicht dem, was man billigerweise von einem Bericht einer Zentralorganisation, wie der Fabrikarbeiterverband eine ist, verlangen könnte. Tatsache ist, daß die Löhne für Zement- und Zementfacharbeiter, sowie der Blasarbeiter im Bauberuf 7,60 bzw. 7,40, bzw. 7,05 Mark betragen. Es fragt sich nur, wo man die beiden Firmen Gebr. Huber und Zerkle einrangiert und da ist anzunehmen, daß die von den Betrieben beschäftigten Leute ungefähr wissen, ob sie Arbeit für den Bau und auf dem Bau verrichten, worüber ja die Akten durch Rücksprache mit dem Ortsaus- schuß geschlossen sind.

Niemand wird es also als Herausforderung oder wilden Streit betrachten, wenn er erfährt, daß in ein und derselben Arbeiterkategorie Lohnunterschiede von 3 Mark pro Stunde bestehen; und wenn der Bauarbeiterverband, dem die Leute bei den genannten Firmen angehören, versucht, die geradezu hohen sprechenden Unterschiede zu verringern.

Und wenn die Voraussetzungen eigenartig waren, die zu der Bewegung führten, so stimmt das insofern, als weder die Unternehmer noch der Fabrikarbeiterverband die von uns vor dem Streit geführte Verhandlung wollten, sondern wir von beiden in ziemlich brüster Weise abgewiesen wurden. Es blieb nunmehr kein anderer Weg, als der eingeschlagene. Zeitgestillt sei vor allen Dingen, daß die Belegschaften im vollen Einverständnis mit ihrer Organisation, dem „Deutschen Bauarbeiterverband“, die Arbeit niederlegten. Der Schlichtungsausschuss hat also vorbeisprochen und wird noch einmal sprechen müssen. Allerdings in anderer Zusammenkunft. Eigenartig klingt es noch zuletzt, daß zurzeit Lohnverhandlungen geführt werden, von denen wir bisher wieder nichts erfahren haben. Weder von den Unternehmern noch vom Fabrikarbeiterverband. Hinterher wird man sicher sagen, der Bauarbeiterverband habe keine Vertretung gesucht. Man solle uns gefälligst mit solchem Unfuss versehen.

Die Arbeitslosigkeit im Bekleidungsgerber.

Der Deutsche Bekleidungsarbeiterverband berichtet über den Stand der Arbeitslosigkeit am 1. September 1921 folgendes: Am Schluß des ersten Quartals waren in 338 Filialen 51.937 männliche und 75.877 weibliche, zusammen 127.814 Mitglieder vorhanden. Ueber den Stand der Arbeitslosigkeit im Monat August haben 217 Filialen mit 41.798 männlichen und 61.588 weiblichen, zusammen 103.386 Mitgliedern berichtet. Es ist demnach über 80,9 v. H. der Mitglieder berichtet worden. In 98 Filialen mit 5383 männlichen und 11.059 weiblichen, zusammen 16.442 Mitgliedern, waren Arbeitslose oder nur für Arbeitende nicht vorhanden. Hingegen waren in 119 Filialen mit 35.965 männlichen und 50.529 weiblichen, zusammen 86.494 Mitgliedern, 955 männliche gleich 2,7 v. H. und 1838 weibliche gleich 3,6 v. H., zusammen 2823 Mitglieder gleich 3,3 v. H. arbeitslos. Bezüglich arbeiteten 1288 männliche gleich 3,6 v. H. und 3485 weibliche gleich 6,9 v. H., zusammen 4773 Mitglieder gleich 5,5 v. H. Gegenüber dem Vormonat ist keine wesentliche Veränderung in der Arbeitslosigkeit eingetreten.

Vom Arbeiterbildungsausschuss.

Experimentalsport von Geheimrat Prof. Dr. Summer. Das neue Winterprogramm beginnt heute abend mit einer besonders wertvollen Veranstaltung. Sind Experimentalsporttrüger schon immer sehr beliebt, so ist ein solcher Vortrag von dem Leiter des physikalischen Instituts unserer Universität wohl das Beste, was in dieser Art geboten werden kann, da Geheimrat Summer zu den berühmtesten Vertretern seines Faches gehört, und seine Vortragsart noch kürzlich in dem Kursus, den er den Betriebsräten erteilte, bedeutende Anerkennung gefunden hat.

Über diesen Abend veräußert, bringt sich um einen großen Genuß! Karten zum Preise von 2,20 Mark sind von 7 Uhr ab an der Abendkasse zu haben.

Museumsführungen.

Am kommenden Sonntag beginnt der erste Zyklus der Führungen im Museum der bildenden Künste, die im neuen Winterprogramm vorgesehen sind.

Im letzten Winter haben wir begonnen, die Einführung in die Kunst der Malerei, die gegenüber der Musik und der Dichtkunst bis jetzt zu kurz gekommen war, in unsere Bildungsarbeit aufzunehmen. Die veranstalteten Museumsführungen haben den vorjährigen Teilnehmern viel Freude gemacht und ihnen die Augen geöffnet für die Schönheiten der Silber- und dadurch auch für die Schönheiten des Lebens.

Da Kunsthistoriker Bernhard Stephan es vorzüglich versteht, die Bilder auch denen nahe zu bringen, die bis jetzt malerischen Werken noch fern standen, ist die Teilnahme an diesen Führungen jedem in der Kunst Interessierten, besonders auch der Jugend, dringend zu empfehlen.

Sonntagskarten (zu den ersten 5 Führungen des Zyklus am 2., 9., 16., 23. und 30. von 10-11 Uhr normiertags berechtigt) sind zum Preise von 7,50 Mark in der Volkswehr-Buchhandlung, Neue Graupenstraße 5, erhältlich.

Zur Volksvorstellung

im Stadt-Theater am Montag, den 3. Oktober, sind noch Willets (Variet), Orchester, 1. Rang und Sitzplätze im Gewerkschaftshaus, Zimmer 36, gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches zu haben.

Zur Aufführung kommt die Oper „Eine Nacht in Venedig“.

Sinein in die Volkshochschule!

Die neuen Anmeldungen zur Breslauer Volkshochschule haben vom 10. bis 15. Oktober, 8-3 und 5-7 Uhr, im Volkshochschulamt, Springenstraße 5/9, 3. Stock, Zimmer 4, zu erfolgen.

Schon vom 1. Oktober ab wolle man sich Unterrichtspläne und Anmeldebücher in genanntem Amt, sowie an dem anderen im heutigen Inserat genannten Verkaufsstellen besorgen. Die Anmeldebücher sind zur Anmeldung schon ausgeschrieben mitzubringen. Sonnabend, 1. Oktober, abends 8 Uhr, findet im Saale des Metropol, Lohstraße 45/47, eine öffentliche Versammlung statt, in der der Leiter der Volkshochschule, Dr. Alfred Mann, über das Thema spricht: „Was will die Volkshochschule? Der neue Plan der Breslauer Volkshochschule für das Winterhalbjahr.“ Alle Angehörigen der werktätigen Bevölkerung werden zu dieser Versammlung dringend eingeladen.

Die Gehühren für den Besuch der Breslauer Volkshochschule sind zu bemessen, daß sie für die einzelne Stunde etwa 75 Pf. betragen.

An unsere Leser und Inserenten!

Die riesig gestiegene Teuerung auf allen Gebieten und die dadurch nötig gewordenen Lohn- und Gehaltssteigerungen zwingen auch zu einer Erhöhung der Zeitungspreise, die am 1. Oktober eintritt. Von die- sem Tage an kostet die Volkswehr wöchentlich 1,50 Mk. oder monatlich 6,50 Mk.

Mit dem gleichen Tage erfährt unser Blatt einen weiteren teftlichen Ausbau durch Einrichtung eines besonderen Gewerkschaftsteils, womit zahlreichen Wünschen unserer Leserschaft entsprochen wird.

Die Anzeigenpreise müssen am 1. Oktober gleichfalls erhöht werden. Wir sind auch dabei trotz der tiefen Preisen Preisermäßigungen für Papier, Metall und alle Materialien unter Berücksichtigung der schweren wirtschaftlichen Verhältnisse an der untersten Grenze geblieben, indem die Erhöhung nur 10 Prozent beträgt.

Redaktion und Verlag der „Volkswehr“.

Zehn Gebote für sozialdemokratische Arbeiter.

1. Du sollst an die Sozialdemokratie nicht nur glauben, sondern dir auch sozialistisches Wissen und die sozialistische Weltanschauung zu eigen machen.
2. Du sollst dich durch aufmerksames Lesen der „Volkswehr“ und sozialistischer Literatur mit den politischen Tagesfragen vertraut machen.
3. Du sollst deine Arbeitstollegen davon überzeugen, daß weder Phrasen noch gleichgültiges Beiseitstellen, sondern nur praktische Mitarbeit und gleichbewußte Politik zum Erfolg führt.
4. Du sollst deshalb bei allen Gelegenheiten für die Sozialdemokratische Partei wirken, der stärksten Partei Deutschlands und der Partei, die wirklich positive Arbeit im Sinne des Sozialismus leistet.
5. Du sollst immer bestrebt sein, der Partei neue Mitglieder zuzuführen und darum stets Aufnahmefähigkeit bei dir haben.
6. Du sollst keine Gelegenheit vorbeigehen lassen, um neue Leser für die „Volkswehr“ zu gewinnen.
7. Du sollst bei allen Veranstaltungen der Partei — Versammlungen usw. — für zahlreiche Beteiligungen sorgen.
8. Du sollst bei allen Anlässen die Partei finanziell stärken, damit die kommenden Wahlkämpfe erfolgreich geführt werden können.
9. Du sollst auch draußen auf dem Lande, an allen Orten, wo du hinkommst, Ortsvertrauensleute gewinnen und deren Adressen unermüdet dem Bezirkssekretariat mitteilen.
10. Du sollst nie vergessen, daß du Kämpfer für eine große Idee bist, du sollst daran denken, daß es gilt, unter den Vorkommen ein besseres Los zu erkämpfen, als es uns be- schieden ist. Erinnerung dich stets der Weiden und Entbehrungen während des Krieges, und arbeite mit aller Entschlossenheit an der Seite deiner Parteigenossen, um die Wiederkehr solcher Dinge unmöglich zu machen.

Vom Arbeiter-Athletenbund.

Am 25. September nahmen die Wettkämpfe des Bezirksweittretts ihren Fortgang. Ganz besonders wurden in den leichten Körpergewichtsklassen gute Leistungen im Gemächlichen erzielt. Es konnten folgende Sportsollegen Erfolge für sich buchen: im Ringen (leichte Jugendklasse): 1. Preis: W. Knapel, „Felsenfest“, Breslau; 2. Preis: Schindler, A.A.B. Maria-Höfen, Schwere Jugendklasse: 1. Alfred Vogel, A.A.B. Breslau; 2. S. Sager, A.A.B. Breslau. Im Federgewicht: 1. A. Schäfer, „Juplo“, Breslau; 2. A. Anders, „Hero 1910“. Im Leichtgewicht: 1. Oskar Wolf, „Eichenlaub“, Breslau; 2. M. Krause, „Felsenfest“, Breslau. Im leichten Mittelgewicht: 1. Alex. Carisch, „Juplo“, Breslau; 2. Karl Weiser, A.A.B. Breslau. Im schweren Mittelgewicht: 1. M. Buchwitz, „Germania“, Breslau; 2. Rudolf Weiser, A.A.B. Breslau. Im Schwergewicht: 1. Wilhelm Kende, „Germania“, Breslau; 2. Paul Wolf, „Hero 1910“. Ferner im Gemächlichen: Federgewicht: 1. Ernst Bugdalle, „Juplo“, Breslau; 2. A. Hilscher, „Eichenlaub“, Breslau. Im Leichtgewicht: 1. M. Remann, „Juplo“, Breslau; 2. M. Krause, „Felsenfest“, Breslau. Im leichten Mittelgewicht: 1. V. Götze, „Felsenfest“, Breslau; 2. A. Carisch, „Juplo“, Breslau. Im schweren Mittelgewicht: 1. Ernst Gödel, A.A.B. Breslau; 2. Max Weiser, „Juplo“, Breslau. Im Schwergewicht: 1. Martin Wölke, A.A.B. Breslau; 2. Gustav Schneider, „Aberg“, Breslau.

Ein kleiner Irrtum. Die „Breslauer Zeitung“ weist auf unsere Polemik gegen Herrn Dohle darauf hin, daß Herr Liebermann, wie uns und aller Welt bekannt ist, noch unter Senering nach Breslau kam. Also sei nicht Herr Dominicus, sondern unser Genosse Senering „ein Mißgeschick“ widerfahren. Das stimmt insofern nicht, als Herr Liebermann unter einem sozialdemokratischen Minister wohl kaum in so starke Verbindung gekommen wäre, mit Rechtskonservativen Beziehungen zu pflegen. Nach dem Ausscheiden der Sozialdemokraten aus der preußischen Regierung aber hat er seine ganze Amtsführung auf Dominicus und die mitregierende „Volkspartei“ eingestellt, und das ist ihm schließlich zum Verhängnis geworden. Das besondere Mißgeschick des Ministers Dominicus bestand darin, daß er Liebermann unmöglich lange zu beden verjuchte. Unter Senering wurde Herr Liebermann entweder nicht soweit ausgeglitten, oder er wäre so rasch beiseite geworfen worden, wie es die Sicherheit unserer Heimat erfordert.

Gewerksmäßige Jektzer. Im August hat ein Arbeiter an einen hiesigen Modultenhändler und eine andere Firma 18 Hartjintblende im Gewichte von 345 Kilogramm für den Preis von 1450 Mark geliefert, während der richtige Preis 3400 Mark beträgt. Der Arbeiter wurde jetzt festgenommen.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Veranstaltungen der Direktoren:

Bereinigtes Theater. Am Mittwoch findet im Lobethaler die erste Wiederholung von Bruno Granis Drama „Das Weib auf dem Tiere“ in der deklamatorischen Inszenierung und Beleuchtung statt. In Vorbereitung befindet sich Schillers „Maria Stuart“ in einer Inszenierung von Julius Arnied. — Im Thalia-Theater täglich 7 1/2 Uhr „Der Mann ohne Vergangenheit“.

Vortragsabend der Weiden. Die Weiden (Bund für volkgenössliche Kunst) veranstaltet am Donnerstag, den 29. September, abends 8 Uhr, in den Räumen der Galerie Stangl einen literarischen Vortragsabend, an dem Arthur Wiesner Dichtungen von Georg Heym sprechen wird. Die Werke von Georg Heym sind zuerst vergriffen und werden im Laufe des nächsten Jahres im Verlag Kurt Wolff, München, in einer Gesamtausgabe erscheinen. Eintrittskarten sind in der Galerie Stangl, Breslau, Hauptplatz 1, zu haben.

Mutter (§ 1708 B.G.B.). Diese Bestimmung ist außerordentlich ungünstig für das uneheliche Kind. Zunächst erbt die Unterhaltspflicht zu früh. Der Unterhalt soll nach dem Gesetz „Die Kosten der Erziehung und der Ausbildung zu einem Beruf“ umfassen. Es gibt wohl kaum eine Berufsausbildung, die mit dem vollendeten 16. Lebensjahre abgeschlossen ist. Die Lehrzeit im Handwerk umfaßt drei Jahre, schließt also erst mit dem vollendeten 17. Lebensjahre ab. Daraus ergibt sich die Tatsache, daß eine Übergangszeit der unehelichen Kinder ungelernete Arbeiter werden, die bekanntlich die am schlechtesten Entlohnungen sind. Ebenso ungünstig ist die Bestimmung, daß der Unterhalt nach dem Stande der Mutter bemessen wird. In einer großen Zahl von Fällen ist der Vater aus bemittelten Kreisen, die Mutter ein armes Mädchen aus dem Volke. In diesen Fällen ist für das Kind die ungünstigste Unterhaltsmöglichkeit gewählt. Die Gesetzgebung anderer Länder ist darin besser, insbesondere die der nordischen Länder. Die fremden Gesetze sehen vor, daß entweder der Unterhalt nach der für das Kind günstigsten Möglichkeit, oder nach dem mittleren Durchschnitt beider Eltern bemessen werden muß. Die Unterhaltspflicht des Vaters dauert über das 16. Lebensjahr hinaus, wenn das uneheliche Kind infolge körperlicher oder geistiger Gebrechen außer Stande ist, sich selbst zu unterhalten. Wenn der Vater nicht im Stande ist, den Unterhalt zu gewähren, so geht die Unterhaltspflicht auf die Mutter über. An Stelle der Mutter treten erst, deren unterhaltspflichtige Eltern, Großeltern und Verwandte. Die väterlichen Verwandten jedoch haben keine Unterhaltspflicht gegen das uneheliche Kind, da es ja eben für den Vater und dessen Familie nicht als verwandt gilt. Auch das ist eine schlimme Benachteiligung des unehelichen Kindes gegenüber dem ehelichen, umso mehr als häufig junge Leute, die noch kein eigenes Einkommen haben, sondern von ihrem Vater abhängig sind, uneheliche Kinder zeugen, die dann gegen den Vater des Erzeugers keinen Unterhaltsanspruch haben. Ebenso haben uneheliche Kinder keinerlei Erbrecht gegen ihren Vater oder dessen Verwandte. Stirbt also der Vater des unehelichen Kindes, so erbt von diesem unter Umständen ein ganz entfernter Verwandter, nicht jedoch das eigene Kind. Die Ungerechtigkeit liegt auf der Hand. Dagegen geht die Unterhaltspflicht des Vaters auf seine Erben über, wenn er stirbt. Die Erben können aber eine einmalige Abfindungssumme zahlen; diese soll dann so groß, wie der Pflichtteil eines ehelichen Kindes sein. Auch der uneheliche Vater selbst kann eine solche Abfindung vereinbaren, zu der jedoch das Vormundschaftsgericht seine Zustimmung geben muß.

Eine der schlimmsten Bestimmungen des B.G.B. ist die gewöhnlich mit dem lateinischen Namen als exceptio plurium bezeichnete. Es ist die Bestimmung, nach der, wenn verschiedene Männer der Mutter in der Empfängniszeit beigezogen haben, keiner von ihnen verpflichtet ist, in irgend einer Weise für das Kind und seinen Unterhalt einzustehen. In der Praxis führt dies nicht selten dazu, daß ein junger Mann dem Mädchen, mit dem er verkehrt, noch einen guten Freund zuführt. Kommt dann ein Kind, so hat keiner von beiden zu zahlen. Diese Bestimmung muß unter allen Umständen geändert werden dahin, daß wenn mehrere Männer als Vater in Frage kommen können, sie die Kosten gemeinsam tragen, und wenn einer dies nicht vermag, die anderen für ihn einzutreten. Solche Bestimmung gilt auch bei anderen Schuldverhältnissen.

Die Verfassung enthält in ihrem Artikel 121 die Bestimmung: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, geistige und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen, wie den ehelichen Kindern.“ Man sieht aus Vorstehendem, wieviel noch fehlt, bis diese Bestimmung erfüllt ist. Unsere Frauen sollten überall darauf drängen, daß die Bestimmungen, die die unehelichen Kinder benachteiligen, beseitigt werden. Ob ehelich oder unehelich, jedes Kind hat gleiches Recht an das Leben.

Schul-Femgericht.

Ein alter Jopf in Bayern.

Von Fedia.

Die bayerische Gemeinde, in der ich meine Sommerferien verlebte, um einmal eine andere Luft als die des Spahls zu atmen, hat noch viel alte Jöpfe.

Einer der häßlichsten, widerlichsten nennt sich: Schul-Kommission.

Diese Kommission setzt sich zusammen aus dem Herrn Pfarrer, dem Bürgermeister, dem Hauptlehrer und zwei oder drei wohlbegüterten Bürgern. Alleamt maßgebende Zentrumsmitglieder, die keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne ihre von ihnen allein in Erbpacht genommene „Nachteiligkeit“ zu lobpreisen.

Diese Schulkommission schaltet und waltet wie ein gemeindliches Femgericht.

Jeden Monat tritt sie einmal zusammen.

Jede Verletzung der armen Dorfkinde wird von den zentrierten Lehrern, dem katholischen Geistlichen, der den Religionsunterricht erteilt, aufnotiert und als Anklagenmaterial zusammengestellt. Nach dem mißverständlichen Christenwort: „Lasset die Kindlein zu mir kommen“, müssen die angeklagten Kindlein — selbstverständlich sind es immer die Kinder der Armen und Ausgebeuteten, die Kinder der Wohlhabenden brauchen nicht zu kommen, — vor dem Gericht erscheinen und sich für ihre „schwere

Schuld“ verantworten. Das Verbrechen besteht meist in einem unerschuldigten Fehlen in der Sonntagschule oder in der vom „Anerkennenden“ Pfarrer — ein früherer Abgeordneter im bayerischen Landtag — geleiteten Christuskateche. Für die Tatverdächtigen seiner Kinderliebe hat sich der Herr Pfarrer das Bibelwort ausgesucht: „Wer seine Kinder lieb hat, der züchtigt sie.“

Für welche Sache — auch für Unerschuldigten — hat ein Bibelfundiger stets ein passendes Bibelwort. Und wenn er kein geeignetes gerade hat, dann biegt er sich etwas zurecht.

Die besagte Schulkommission, die gar keine rechtliche und gesetzliche Ermächtigung hat, soll Orgelch-Gesetz für die abgelegte geistliche Ortschulaufsicht sein. Trotz ihrer Ungeheuerlichkeit verhängt diese Schulkommission Strafen für die für schuldig befundenen Kinder.

Prügelstrafen.

10 25 50

Erzähler ist der Ortspolizeibeamte, der sich schambarer Weise zu diesem Hinterschanderwerk an kleinen armen Schulkindern hergibt.

Diese ungeschicklichen Schulkommissionen sind ein Stachel, der zum Himmel stinkt und seine Höhe dadurch erreicht, daß die Ortspolizei auf Befehl des Bürgermeisters die unmenslichen Prügelstrafen vollziehen muß.

Kinder der wohlhabenden Kreise bleiben natürlich von der Prügelstrafe verschont.

Die wohlthätig hier nur ein energischer Parteigenosse wirken kann, lehrt ein Beispiel aus dem Orte, wo ich mich von den Strapazen meines Berufes erholen will.

Auch er wurde von der Kommission mit seinem 12jährigen Mädchen vorgeführt, das einen Tag der Christenlehre fernblieb, weil seine Mutter erkrankt war. Als er vor der Kommission erschien, und den Pfarrer erlöste, der ihm Vorhaltungen machen wollte, knallte er „Hochwürden“ ganz gewaltig ab: „Sie gehören in die Kirche. Hier haben Sie und alle übrigen „Herren“ gar nichts zu sagen. Ihre Prügelkommission hat seit der Revolution keine Berechtigung mehr. Die geistliche Ortschulaufsicht hat aufgehört. Und wenn der Bittel mein Kind anruft, dann schlag ich ihm und Ihnen alle die Knochen im Leib zusammen.“

Und schlug die Tür so fest zu, daß das Schulhaus wackelte.

Seit diesem Tage soll der Herr Pfarrer mit seiner Christen- und Kinderliebe „der Konsequenzen halber“ an keiner Sitzung der ungeschicklichen Schulkommission teilgenommen haben.

Die ungeschickliche Prügelkommission besteht aber noch in diesen Orten Frankens und Bayerns.

Die alten Zentrumschäpe und Zämmmer lassen sich diese Kohheiten ohne Widerpruch gefallen.

Für unsere Genossen auf dem Lande aber muß Barock sein: Jagt diese ungeschickliche, arme Kinder prügelnde „Schulkommission“ mit Dreifachschuß aus Eurem Orte hinaus.

Die geistlichen und bürgermeisterlichen Prügelpädagogen teilen nur solange Prügel und Prügelstrafen an Kinder und Erwachsene aus, bis sie selbst einmal tüchtig durchgeprügelt werden.

In geistigem Sinne natürlich.

Wenn man sich zu dieser Darrprügelung auch körperlich aufordern würde, könnte der Herr Staatsanwalt der Klassenjustiz die Herren gegen mich in Schutz nehmen und gegen mich ein Klassen-Femgericht in Funktion treten lassen, das in hochnotwendigstem Verfahren mich wegen Verstoß gegen die Paragraphen Schandlo und Schandlo, Absatz 2 und 5 und 32, Aufforderung zur körperlichen Mißhandlung, Körperverletzung mit nachfolgendem Tode — denn auch die Mitglieder der Schulkommission werden eines Tages das Zeitliche fahren — mit vielen Romanen Gefängnis verurteilen.

Die Schulkommissionen können aber trotzdem arme Schul-Kinder auch für weiterhin durch den geistigen Ortspolizeibeamten ohne Rechts- und Verjährungsgründe und ohne Strafen lassen.

Gegen die Herren würde der Herr Staatsanwalt nicht wegen körperlicher Mißhandlung Strafvorfahren einleiten. Wie er es bisher auch nicht getan hat und von Rechts wegen tun dürfte.

Bermischtes

Das Gewissen des Künstlers.

Eine Geschichte von dem großen Altmeister des Impressionismus Claude Monet, die das strenge Gewissen dieses Malers seinen Werken gegenüber beleuchtet, wird im Courier de la semaine erzählt. Ein Silberhändler besuchte kürzlich den Meister in seinem Atelier zu Giverny und zeigte ihm ein Bild aus seiner Jugend, das datiert und signiert war. Das Werk, das noch ganz unter dem Einfluß Courbets stand, zeigte deutlich die Schwächen des Anfängers. Monet betrachtete sich das Bild aufmerksam, dann schloß er einen Juch aus und bringt ihm mit einem faustschlag ein großes Loch bei. „Damals war ich noch ein elender Stümper!“ kichert er während. Der Händler scheint ganz untröstlich über die Vernichtung des Bildes und erklärt jammernd: „Ich hätte es so teuer bezahlt, nicht wegen seines Wertes, sondern wegen der Signatur. Sie müssen sich den Schaden ersetzen, Meister.“ „Wählen Sie sich was aus“, sagt Monet verächtlich und weist in eine Ecke des Ateliers, wo ein Haufen Bilder aufeinanderliegt. Der Händler läßt sich das nicht zweimal sagen, sucht lange und geht unter Dankesbezeugungen mit einem reifen Werk des Meisters fort. „Du läßt Dich doch immer von den Händlern anführen“, sagte zu

Monet ein Freund, der zugegen war. „Der Mann hat doch das Bild bloß gekauft, um diese Scene heranzurufen. Denke Du, das weiß ich nicht auch?“ antwortet der Meister. „Aber mit ist das ganz recht. Ich wünschte, ich wäre reich genug, um alle meine alten schlechten Bilder auf diese Weise vernichten zu können.“

Wo Hunde verehrt und gefressen werden.

Ein amüsanter Buch: „Die Hunde von China und Japan in Natur und Kunst“ hat ein englischer Hundefreund und Kenner des Ostens W. H. Collier veröffentlicht. Er erzählt darin von der Verehrung, die die Hunde in China genießen, wo sie sogar zu allen Tempeln freien Zutritt haben. Dabei erinnert er daran, daß es auch in Europa im Mittelalter in den Kirchen „Hundewärter“ gab, deren Amt darin bestand, während des Gottesdienstes die in der Kirche befindlichen Hunde in Ordnung zu halten. So sehr der Chinese aber den Hund liebt und sogar verehrt, so wenig läßt er sich davon abhalten, ihn zu verzehren. Hundebrot ist eine große Delikatesse in China, während man in Japan niemals Hunde gefressen zu haben scheint. Auch in Korea wurde früher unbeschäftigt von allen Schlägern verkauft. Uebrigens waren auch die Römer, wie der Verfasser bemerkt, Verehrer des Hundefleisches, das sie für besonders wohlschmeckend hielten. Hippokrates stellt Hundebrot auf dieselbe Stufe mit Hammel und Schwein. Malereien von Hunden lassen sich in der Kunst des fernsten Ostens kaum vor dem Anfang des 19. Jahrhunderts finden; doch wurden Hunde schon sehr früh als Luxustiere verwendet und wurden bereits im 7. Jahrhundert nach Japan eingeführt. Aus dieser uralten Kultur des Luxus-Hundes im Osten ist die heute so berühmte Rasse der Peking-Hunde hervorgegangen.

Körperkultur

Fußball-Sport.

Am Sonntag nahmen die Spiele der Herbstferien ihren Fortgang. Auf dem Flugplatz Meerbeul spielte Süd mit beiden Mannschaften gegen Silezia. Süd I konnte knapp mit 1:0 gewinnen, während die II. Südmannschaft ein 3:0 Resultat erzielte.

In Schmiedefeld spielte Dels gegen Sturm. Die Desser waren mit 2 Männern und einer Jugendmannschaft erschienen. Konnte aber gegen die guten Sturmleute nichts ausrichten. Die I. Dels verlor mit 3:0, während die II. Mannschaft das Spiel nach einhelliger Dauer aufgab.

Das schönste Spiel des Tages war das Spiel Stern gegen Sparta. Bei dem von Anfang bis zu Ende flott durchgeführten Spiel kam der gute Innensturm von Stern voll zur Geltung und gewann Stern das Spiel mit 2:1.

Im Eisenpark spielten Britannia gegen West mit beiden Mannschaften. Beide Spiele liefen von Anfang an unter einer unnötigen Schärfe. Die Britannen wollten sich abgemüht die Entscheidungen des Schiedsrichters anzuzweifeln. Die I. Mannschaft kam dadurch um den sicheren Sieg, da das Spiel beim Stande von 2:0 für Britannia vom Schiedsrichter abgebrochen wurde. Die II. Mannschaft verlor mit 2:1.

Bemerkenswert sind auch die Spiele in der A-Klasse. Wird auch hier scharf um den Aufstieg in die Sonderklasse gekämpft, so wird doch im allgemeinen dieser Kampf fair ausgetragen. Umgeschlagen sind bisher Riders und Diana. Es dürfte sich wohl im Endkampf um diese beiden Mannschaften handeln.

Besonders regt war auch die Spieltätigkeit bei den Jugendmannschaften. Hier ist auf gesunden Nachwuchs zu rechnen.

Die einzelnen Ergebnisse sind:

| | | | | |
|---------------|---------------|---|---------------------|----------------------|
| Sonderklasse: | Stern I | — | Sparta I | 2:1 |
| | Stern II | — | Sparta II | 2:0 |
| | Süd I | — | Silezia I | 1:0 |
| | Süd II | — | Silezia II | 3:0 |
| | Sturm I | — | J. I. Dels I | 3:0 |
| | Sturm II | — | J. I. Dels II | kampflös abgebrochen |
| | West I | — | Britannia I | 2:1 |
| | West II | — | Britannia II | 2:1 |
| A-Klasse: | Riders I | — | Falk I | 5:2 |
| | Riders II | — | Falk II | 6:0 |
| | Wader I | — | Strehlen I | 2:0 |
| | Vorwärts I | — | Jr. Sportfreunde I | 1:1 |
| | Vorwärts II | — | Jr. Sportfreunde II | 1:0 |
| | Diana I | — | Di. Lissa I | 9:1 |
| | Diana II | — | Di. Lissa II | 9:1 |
| III. Bezirk: | Sturm III | — | Sparta III | 7:2 |
| | Britannia III | — | West III | 2:0 |
| | Silezia III | — | Stern III | 4:2 |
| | Britannia IV | — | Vorwärts III | 2:1 |
| | Eichenlaub | — | Einigkeit | 2:0 |
| Jugend: | Sturm I | — | Eichenlaub | 1:0 |
| | Sparta I | — | Dels I | 3:0 |
| | Süd I | — | Diana I | 4:0 |
| | Di. Lissa I | — | Silezia I | 1:0 |
| | West I | — | Brieg I | 1:5 |
| | West II | — | Süd II | 2:0 |
| | Britannia I | — | Britannia I | kampflös |
| | Britannia II | — | Fortuna | 1:0 |

Das Flugzeug ohne Motor.

Von Diplom-Ingenieur Walter Hoesch.

Nachdem das Fliegen von Menschen in Nachahmung des Vogelfluges im Laufe der Jahre vornehmlich durch die geistige Ausbreitung und Bedeutung gefunden hat, ist uns jetzt, da das Problem des Fliegens jetzt zu sein scheint, die Bestätigung durch die Bedingungen des Friedensvertrages von Versailles fast nahezu unterwandert. Die Beschäftigung mit der Theorie des Fliegens ist älter, als gemeinhin bekannt ist. Schon bei den Alten erregte der Flug des Vogels die Bewunderung, und man suchte dahinter zu kommen, welche Voraussetzungen eigentlich zu einem solchen Fluge gehören. Studierte man also nur zunächst am Flug der Vögel, wie überhaupt ein solches möglich sei, so war doch die treibende Kraft dabei, durch Lösung des Problems die Möglichkeit zu erlangen, sich künstlich dieselben Voraussetzungen zu beschaffen, um selbst fliegen zu können. Schon Aristoteles bemühte sich um dies Studium. Aber erst Borelli kam ihr mit seiner 1680, ein Jahr nach seinem Tode, erschienenen Schrift näher auf den Grund. Borelli leitete die Kunst des Fliegens von dem leitenden Druck des Vogelflügels auf die Luft her, wodurch der Körper leicht gehoben und vorwärts getrieben werde. Auf dieser Grundlage wurde dann weiter geforscht und schließlich behauptete der Engländer Pettigrew in seinem 1875 erschienenen Buch über „Die Ortsbewegung der Tiere“, daß die Flügel der Vögel sich in charakteristischen Figuren bewegen, wodurch Luftströme entstehen, die den Körper vorwärts treiben. Natürlich ließ man den anatomischen Bau des Körpers der Tiere nicht außer Betracht, sehr richtig warde man sich aber mit dem Studium mehr dem Bau und der Eigenartigkeit der besonderen Flugorgane zu ihnen die Hauptursache des Fliegens zurechnend. Das aber auch die Gestalt des Körpers sowie der Anschlag von Flügeln von hoher Bedeutung sind, war bald die überzeugte Ansicht der Forscher.

Daß sich Menschen schon lange mit der künstlichen Nachahmung des Vogelfluges beschäftigten, zeigt uns die griechische Sage vom Dädalos und seinem Sohne Icarus. Dädalos, eigentlich Künstler hebräischer Art, ist in der Mythologie der Schöpfer der Maschine gewöhnlicher Art. In Paris gelang es ihm, seinen Sohn Icarus, auch der von Daid bearbeiteten Sage, seinen Sohn Icarus und schließlich sie ihm mit Icarus. In welcher Voraussetzung, daß dem Menschen der Flug durch die Luft gelingen werde und in der Schöpferei nach solcher Vollkommenheit, läßt auch die Sage den menschlichen Flug gelingen. Aber Icarus kam der Sonne zu nahe, der Haupt Icarus und der Icarus flügelte ab. Die erste Darstellung eines Menschenfluges zeigt, wie ich, man sich mit dem

Problem beschäftigte und daß man des Staubens war, der Mensch könne diese Fertigkeit auch erlangen. Der rassistische Menschengeist rührte nicht, der oben genannte Borelli über bante eine Flugmaschine, oder verachtete wenigstens den Bau einer solchen, und nach ihm viele andere. In Um verfaßte der 1771 geborene, in seinem Leben viel verachtete Schneider Verblinger mit einem selbst gebauenen Flugapparat das fähige Unternehmen eines Fluges und stürzte ab. Sein fähiger Landsmann Ray Gay hat ihm dafür viel viel Pöbel in seinem Roman vom „Schneider von Um“ eine Art Rechtfertigung teil werden lassen. Der Versuch der Brüder Montgolfier, mit einem mit erwärmter Luft gefüllten Ballon das Quäntchen zu durchziehen, am 5. Juni 1783 zuerst unternommen, löste nicht die eigentliche Frage des Vogelfluges und befriedigte daher nicht. Seitdem aber verfolge die Forschung zwei Wege, und während die einen nach dem leichten Luftballon suchten, glaubten die andere, daß dem Flugapparat die Zukunft gehöre.

Erstere und höher zu werdende Versuche unternahm der vor etwa 25 Jahren bei seinen Proben auf dem Teampelhof Felde bei Berlin verunglückte Ingenieur Otto Lilienthal, der einen eigenen Konstruktions, aus Aluminium gebauenen Flugapparat benutzte. Er fand Landflieger in England und Amerika, bis endlich der Bau eines leichten Motors gelang und dieser, mit einem Propeller in Flugzeug eingebaut, endlich die Lösung zu bringen schien. Der Erfolg wurde schließlich erzielt, daß das Flugzeug die gewöhnliche Konstruktion des leichten Luftballons flog. Und jetzt, da aus der Friedensvertrag dem Reichszeiten auf diesem Wege einen Damm entgegengekehrt hat, schaffen die ausgebildeten Kräfte weiter und wenden sich wieder dem uralten Problem des motorlosen Flugzeuges zu.

In der Rhön, dem von Koblenzenden und vergnügungssüchtigen Faulenzer bisher verschonten deutschen Mittelgebirge, in der Nähe von Gersfeld, nun von der letzten Luftschiffahrt ein Segelflug-Beizewerks hat, dessen Ergebnis zu den schönsten Hoffnungen berechtigten und ein Zeugnis davon abgeben, wie der rasche Fortschritt sich sofort ausstellen und neue Wege zu gehen weiß. Es handelt sich bei diesen Flügen in der Rhön natürlich darum, den Segelflug der Vögel mit einem leichtgewichtigen Flugzeug ohne Motor nachzuahmen. Und obwohl dies vorzeitigen Flugzeug noch nicht die Vollkommenheit besitzt, — welches tragen ist die Merkmale der Handarbeit ihrer eigenen Schöpfer und Konstrukteure — und es den Fliegern noch an der gesunden Gestaltung ungenügend, so werden doch Nachahmer, die unter helle Bewunderung nachsehen. Das Problem des Segelfluges liegt heute, durch Lösung der Frage, aufzuheben, was es

Vögel gleich davontragen zu lassen, wie diese gegen den Wind aufzuklimmen und wie bei den Schiffseignen durch Steuern die Kräfte des Windes flug auszunutzen.

Es war eine ausserordentliche, von Begeisterung getragene Sache, die sich in der Rhön zusammenfand; alte Kämpfer der Fliegerkunst — auch Koffer erprobte einige neue Apparate —, Techniker und Industrielle, Landleute mit ihren Frauen, die Bewohner der Rhön. Die 950 Meter hohe Große Wasserkuppe bildete den Startplatz, Felte bargen die eigenartigen Flugzeuge und in einer Parade fanden die neuen „Segelflüger“ ihr Unterkommen, in „Rhön die Oberleitung im Tal in dem nahen Städtchen Gersfeld ihren Sitz hatte, mit dem Flugplatz drahtlos verbunden.

Das Fliegen geht nun aber nicht etwa so vor sich, daß sich der Flieger mit seinem Apparat, vom Winde getragen, aus der Höhe einfach ins Tal niederläßt, sondern er erhebt sich mit seinem Apparat auch über die Höhe des Startplatzes. Die Fliegerzeit und die Flugbahn sind allerdings noch recht kurz, aber unter voller Berücksichtigung der Umstände höchst achtunggebietend. Ein Flug von sechs Minuten Dauer und über 4000 Meter sind schon eine schöne Leistung für ein einfaches Segelflugzeug. Und unter Achtung stetig sogar zu heller Bewunderung, als ein Flieger sogar eine Achterkniebeuge zog und sich der frühere Fliegerkunstmann Ruckh bis zu 20 Meter über die Abflugstelle erhob. Leider endete dieser kühne Flug mit dem Tode des Unternehmers; in einer starken Kurve fürzte das Segelflugzeug mit seinem Führer ab.

Den Rekord aber stellte der Diplom-Ingenieur Klemperer auf, der nach dem eigentlichen Wettbewerb auf dem Flugplatz verblieb, um weitere Probeflüge zu unternehmen. Ihm gelang es, einen Flug auszuführen mit einem vorher bestimmten Ziel und eine Flugdauer von dreizehn Minuten zu erreichen, was für einen Segelflug eine hohe Leistung ist. Klemperer, der einen Flieger der Flugwissenschaftlichen Vereinigung Kachen betriebe, gelang es, sich mit seinem Apparat vom Startplatz aus sogleich nach dem Aufstieg zu erheben und unter geschickter Ausnutzung der Luftströmung schließlich eine Höhe von 100 Metern über dem Startplatz zu erreichen. Er überflog mehrere Dörfer und landete, wie vorher besimmt, vor Gersfeld, eine Entfernung, die in der Luftlinie fünf Kilometer beträgt. Das war der erste Versuch mit einem vorher bestimmten Ziel für ein motorloses Flugzeug, der die Möglichkeit ergab, mit einem Segelflug unter Steuerung die anfänglichen Schritte des Flugwertes überhaupt zu erreichen, und der die Aussicht eröffnete, unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen und bei weiterer Schulung der Flieger auch eine längere Flugdauer mit weiterem Ziel zu erreichen. Einweilen aber freuen wir uns dieses Erfolges.